DIE UHR TICKT
#FAIRWANDEL
NUR MIT UNS

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 71 | Juni 2019 | D 4713

metallzeitung.de

Großdemo #FairWandel am 29.6.

AUF NACH **BERLIN!**

Arbeitszeit Ziehen mit dem Westen gleich: Textiler im Osten erstreiten 37-Stunden-Woche

→ Seite 10

Gesundheit Wie der BSH-Betriebsrat körperliche Belastungen am Arbeitsplatz senkt.

→ Seite 17

Bezirk

→ Seite 28

›INHALT

4 **Initiative »Respekt!«** Der Anfang ist gemacht: Das längste antirassistische Banner ist in Arbeit. Jeder kann mitmachen!

6 **IG Metall-Umfrage** Die überwältigende Mehrheit der Bürger unterstützt Pläne zur Einführung einer Grundrente.

7 **Arbeitszeit in Ostdeutschland** Metaller in den neuen Bundesländern machen Druck für die 35-Stunden-Woche.

8 **Leiharbeit** Vor Beginn der Tarifverhandlungen startet eine große Befragung von Beschäftigten in Leiharbeit.

10 **Tarifabschluss** Textiler im Osten haben die 37-Stunden-Woche durchgesetzt und ziehen bis 2017 mit dem Westen gleich.

Fairer Wandel gelingt nur mit uns. Darum: Auf nach Berlin!

TITEL 12

Titelfoto: Frank Rumpenhorst

Unsere Industrie steht vor grundlegenden Veränderungen. Den anstehenden Wandel sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten – das ist die Herausforderung. Dafür müssen wir Druck machen. Deshalb fahren am 29. Juni Zehntausende Metallerinnen und Metaller zur Großkundgebung nach Berlin. Einige von ihnen verraten hier warum.

17 **Arbeitsgestaltung** Wie es dem BSH-Betriebsrat in Giengen gelingt, körperliche Belastungen in der Produktion zu mildern.

18 **Interview** Sebastian Dullien erklärt, wie sich Krisen abmildern lassen – und was Wirtschaftspolitiker vom Fußball lernen können.

19 **Strukturwandel meistern** Transformationskurzarbeitergeld – wie es funktionieren könnte und warum es eine gute Idee ist.

20 **Transformation** Wie groß die Umbrüche werden, zeigt sich bei den Automobilzulieferern. Ein Besuch bei ZV und Voit.

22 **Recht so** Am 11. Mai 2019 ist das Gesetz für schnellere Arzttermine und bessere Versorgung in Kraft getreten. Was jetzt gilt.

23 **Alles, was Recht ist** Aktuelle Rechtsprechung zu Krankenversicherung, Hinterbliebenenrente und Arbeitslosengeld.

24 **Ratgeber** In den Ferien die Finanzen aufbessern: Was Schüler und Studierende dabei beachten müssen.

25 **Arbeiten mit Behinderung** Neue DGB-Broschüre gibt Tipps für behinderte und von Behinderung bedrohte Beschäftigte.

26 **Bildungsteilzeit** Gut zu wissen in Zeiten der Transformation: allles Wichtige rund um die Weiterbildung für Berufstätige.

27 **Studium** An der Global Labour University können Interessierte internationale Gewerkschaftspolitik studieren.

28 **Aus den Bezirken**

30 **Lokales/Karikatur**

31 **Rätsel/Impressum**

›REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
17. Mai 2019

Foto: euthymia/AdobeStock

Kfz-Tarifrunde Die Geschäfte in den Werkstätten laufen gut. Die Beschäftigten dort fordern jetzt ihren gerechten Anteil. → Seite 11

Foto: Peter Himsel

Wirtschaft Sebastian Dullien, der neue Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), im Interview. → Seite 18

›LESERBRIEFE

Nicht sozial- und umweltverträglich

metallzeitung 5/2019
»Autonomes und vernetztes Fahren auf dem Bauernhof 4.0«

Die Probleme der Landwirtschaft sind gegenwärtig der Hunger der Landbevölkerung, die ungerechte Landverteilung, die Konzentration von Landflächen, Monokulturen, Bodenzerstörung, massenhafter Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden, Energie sowie die Abhängigkeit von Saatgut- und Chemiekonzernen, also insgesamt eine rein ertragsorientierte statt sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft. Digitalisierung hilft nur, wenn sie diese Tendenzen umkehrt, statt unterstützt.

Uwe Schnabel, Coswig

Ist doch herrlich so ein Leben als Landwirt oder? Die Kühe gehen allein zum Melkroboter, der Dungschieber fährt alle 45 Minuten durch die Gänge im Stall und der Trecker macht die Arbeit auf dem Acker auch noch allein, das natürlich am besten als E-Traktor vollkommen autonom. Durch diese gewonnene Freizeit, da ja auch schon der Roboterstaubsauger im Haus ist, haben die Eltern natürlich unendlich Zeit für ihre Kinder. Das fühlt sich für mich – in der Landwirtschaft aufgewachsen – mit ständigem Kontakt zum Tier, mit erdfeuchten Händen die Pflanzen kontrollierend, mit Liebe zum Beruf bei Regen, Schnee und Hitze so unecht an.

Andreas Zimmermann, Baunatal

Bravo, super ausgehandelt

metallzeitung 5/2019
»Acht Tage mehr Zeit«

Bravo, das hat die IG Metall wirklich super ausgehandelt! Jeder kann für sich selbst entscheiden, ob er oder sie das Zusatzgeld oder die acht freien Zusatztage nimmt. Seit 1991 arbeite ich (46 Jahre) im Dreischichtmodell bei ZF. Ich habe mich sofort für die acht freien Tage entschieden und genieße jeden zusätzlichen freien Tag.

Bernhard Schmid, Hauzenberg

Leiharbeiter fest einstellen

metallzeitung 5/2019
»Mehr Geld für Leiharbeiter«

Immer wieder finde ich es zutiefst ungerecht, wenn ich sehe, wie lange manche Menschen in der Leiharbeit verbringen müssen. Drei bis sechs Monate sollte meines Erachtens die maximale Einsatzzeit im Entleihbetrieb sein. Spätestens dann müssten die Leute fest eingestellt werden.

Roland Meier, Sinzing

Illustration: Stephanie Brittnacher

Foto: Agnieszka Olek/Caia Image/Fronline

Ratgeber Manche wollen, andere müssen, fast jeder tut's: Jobben neben dem Studium. Was dabei zu beachten ist, findet Ihr hier. → Seite 24

Bildungsteilzeit Was drin steckt, wer sie nutzen kann und wie Ihr sie richtig für Euch und Eure beruflichen Ziele einsetzt. → Seite 26

›FRAGE & ANTWORT

Im Mai berichtete metallzeitung im Ratgeber »Arbeiten im Alter. Welche Rechte habe ich?«, dass Rentner einen geringeren Krankenkassenbeitrag zahlen. Viele Leserinnen und Leser hatten daraufhin Fragen zum ermäßigten Kassenbeitrag.

Antwort: Rentner, die in der gesetzlichen Krankenkasse pflichtversichert sind und weiterhin arbeiten gehen, zahlen auf das Entgelt aus der Beschäftigung auch Beiträge. Da ein weiter beschäftigter Altersrentner keinen Anspruch auf Krankengeld hat, ist nur der ermäßigte Beitragssatz zur Krankenversicherung zu entrichten. Auf die Rente wird weiterhin der allgemeine Beitragssatz angesetzt. Bei gesetzlich krankenversicherten Rentnern führt der Arbeitgeber die Beiträge direkt vom Einkommen an die Kasse ab.

Freiwillig gesetzlich krankenversicherte Rentner zahlen den allgemeinen Beitragssatz auf gesetzliche Renten, Versorgungsbezüge und Erwerbseinkommen sowie Zinsen, Dividenden, Mieten, private Renten, Lebensversicherungen und sonstige beitragspflichtige Einnahmen. In der Regel zahlen freiwillig gesetzlich krankenversicherte Rentner ihren Beitrag selbst an die Krankenkasse.

Foto: Christian Ohde/ImageBROKER/Fronline

Rentnerinnen und Renter, die erwerbstätig sind, zahlen Kassenbeiträge auf das Einkommen.

›GEWONNEN

Mai-Rätsel

Lösungssumme: »78«

1. Preis: Sylvia Paul, Eberswalde
2. Preis: Sven Waleczek, Schönefeld
3. Preis: Timothy Swan, Ebersburg

›EDITORIAL

Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Deshalb fahren wir nach Berlin

#FairWandel Am 29. Juni zeigen wir in Berlin Flagge für eine faire Transformation. Regierung und Unternehmen müssen endlich handeln, damit es im Wandel gerecht zugeht.

Die Uhr tickt: Das Industrieland Deutschland steht vor einem historischen Umbruch. Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung führen zu gewaltigen Veränderungen. In vielen Betrieben kommt dieser Druck immer stärker an. Doch während Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafterinnen längst anpacken, kommen Unternehmen und Regierung nicht ihrer Verantwortung nach. Dabei müsste allen klar sein: Entweder bauen wir in Deutschland die Produkte der Zukunft oder Arbeitsplätze ab. Wir wollen Zukunft für die Beschäftigten und daher gilt es, gemeinsam ein Zeichen zu setzen, das niemand im Land übersehen kann: Ohne uns geht es nicht.

Sei dabei! Wir kämpfen dafür, dass die Veränderungen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ablaufen. Wir wollen aus technischem Fortschritt sozialen Fortschritt machen. Wir wollen, dass die Rationalisierungsrenditen in gute Arbeit investiert werden und nicht die Reichen noch reicher machen. Und wir wollen den ökologischen Wandel so gestalten, dass er die Gesellschaft voranbringt und nicht spaltet. Es geht um sichere Beschäftigung und um die Zukunft der nächsten Generationen. Dafür brauchen wir eine Energie- und Mobilitätswende mit massiven Investitionen in Infrastruktur, regenerative Energie und Netzinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen auch in Zukunft für alle bezahlbare Energie und Mobilität. Wir müssen die Beschäftigung in allen Branchen sichern und die Mitbestimmung stärken. Und wir brauchen Sicherheit am Arbeitsmarkt mit einer solidarischen und sozialen Absicherung in jedem Lebensalter. Wir verlangen ein Transformationskurzarbeitergeld, das vor Entlassung schützt und eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds. Sicherheit im Wandel: Dieses grundlegende Versprechen muss der Sozialstaat halten – gerade in der Transformation. Dafür ziehen wir am 29. Juni gemeinsam vor das Brandenburger Tor. Sei dabei und zeig Gesicht für einen fairen Wandel. Auf Dich kommt es an!

Mit Weltrekord gegen Rassismus

»Das längste antirassistische Banner mit den meisten Mitwirkenden« soll es werden. Die IG Metall-Initiative »Respekt! – Kein Platz für Rassismus« hat das Banner (Foto) bei den »Guinness World Records« angemeldet. 50 Meter aus kleinen Einzelbannern von über 300 Mitwirkenden wurden bereits zusammengenäht. In den nächsten Monaten können IG Metall-Mitglieder aus der ganzen Republik ihr Einzelbanner gestalten und so zum Weltrekordversuch beitragen.

»Eine gemeinsame antifaschistische Aktion verbindet«, erklärt Agnieszka Wiatrak, die beim IG Metall-Vorstand für die »Respekt!-Initiative« zuständig ist – und als ausgebildete Modeschneiderin auch den Job an der Nähmaschine übernimmt. »Es geht nicht nur darum, das längste antirassistische Banner zu fertigen, sondern auch dass möglichst viele Menschen damit deutlich machen: Wir sind viele. Wir leben Solidarität. Wir lieben Vielfalt!« Im Oktober soll das fertige Banner dann ausgerollt werden.

Hintergründe zum Weltrekordbanner:
respekt.tv
Fotos und Videos von Mitwirkenden am Banner findet Ihr unter #zusammenhalten und #banracism auf Facebook und unter Ban.racism auf Tik Tok.

IG Metall-Initiative »Respekt!« näht »längstes antirassistisches Banner« zusammen.

Foto: To Kuehne

Cartoon: Stephan Rürup

30%

Arm trotz Arbeit

30 Prozent der Familien mit Alleinverdienern leben unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. 1996 lag das Armutsrisiko von Alleinverdiener-Familien nur bei 15 Prozent. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

EuGH stoppt Flatrate-Arbeit

Arbeitgeber in der Europäischen Union müssen die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten systematisch erfassen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Nur so lasse sich feststellen, ob zulässige Arbeitszeiten überschritten werden. Die Aufzeichnungspflicht ergibt sich aus der Arbeitszeitrichtlinie und der Grundrechtecharta der EU. Die IG Metall begrüßt das Urteil als wichtigen Schritt im Kampf gegen ausufernde Arbeitszeiten.

igmetall.de/arbeitszeit

Deutliche Mehrheit für die Grundrente

Die Grundrente soll Ruhestand in Würde ermöglichen. Eine große Mehrheit unterstützt das Vorhaben.

Altersarmut nach einem Leben voller Arbeit: Damit soll Schluss sein. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will für Menschen, die 35 oder mehr Jahre gearbeitet haben, eine Grundrente einführen. Damit würden die Altersbezüge deutlich über der Grundsicherung liegen.

Die überwältigende Mehrheit der Bürger unterstützt diese Pläne. Das zeigte eine aktuelle und repräsentative Umfrage im Auftrag der IG Metall. 81 Prozent der Befragten befürworten die Einführung einer Grundrente. Nur 17 Prozent lehnen sie ab.

»Die Respektrente von Huberts Heil kann für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen«, sagt Hans-Jürgen Urban, der im Vorstand der IG Metall für Sozialpolitik zuständig ist. »Wer 35 Jahre in die Rente eingezahlt hat, muss im Alter mehr haben als die Sozialhilfe.« Eine gute Grundrente sei »steuerfinanziert und verzichtet auf bürokratische Bedürftigkeitsprüfungen«.

Weiteres Ergebnis der Rentenumfrage: Fast 60 Prozent der Befragten wünschen sich eine höhere gesetzliche Rente, die den Lebensstandard im Alter annähernd sichert. Dafür wären sie auch mit höheren Rentenbeiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einverstanden.

igmetall.de/rente

Foto: Uwe Umstätter/Westend61/Fotolia

52%

Körperlich harte Arbeit ist weit verbreitet

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten (52 Prozent) müssen bei ihrer Arbeit sehr häufig oder oft eine ungünstige Körperhaltung einnehmen, also etwa in der Hocke, im Knien oder über dem Kopf arbeiten. Das geht aus der Sonderauswertung »Körperlich harte Arbeit« zum DGB-Index Gute Arbeit 2018 vom Mai 2019 hervor. Laut Studie muss fast ein Drittel der Beschäftigten (30 Prozent) sehr häufig oder oft körperlich schwere Arbeit verrichten. Dieser Wert ist seit vielen Jahren weitgehend konstant geblieben. Dabei gibt es nur einen geringfügigen Unterschied zwischen Frauen (27 Prozent) und Männern (33 Prozent).

3 Fragen an Maximilian Schmid

Politisch mit 19 Jahren

Maximilian Schmid, Azubi bei Daimler in Gaggenau, ist für die IG Metall und gegen rechts aktiv.

Du engagierst Dich bereits im ersten Ausbildungsjahr politisch in der IG Metall. Was treibt Dich an?
Maximilian Schmid: Es gibt einiges zu tun. Das habe ich auf einem IG Metall-Seminar gleich am Anfang meiner Ausbildung gemerkt. Es ist doch nicht mehr zeitgemäß, dass etwa unsere Tarifverträge für Auszubildende nicht für die dual Studierenden gelten. Die Bedingungen für dual Studierende sind in jedem Betrieb anders. Die wissen gar nicht, woran sie sind. Das müssen wir ändern. Zudem stehe ich auch hinter den gesellschaftspolitischen Zielen, etwa hinter der Initiative »Klare Kante gegen rechts« der IG Metall Jugend.

Woher kommt Dein Interesse für Politik und Dein Engagement?
Schmid: Ich beobachte schon länger mit Sorge, wie die AfD auch bei uns in Mittelbaden stärker wird. Wenn ich mit den Leuten rede, wird klar, dass viele die AfD nur aus Protest wählen – und nicht etwa, weil sie die Inhalte der AfD gut finden. Wir müssen diese Leute zurückholen.

Und was genau machst Du dafür?
Schmid: Ich habe gleich nach Beginn der Ausbildung als Jugendvertrauensmann der IG Metall im Betrieb kandidiert. Ich informiere die Auszubildenden und Studierenden, diskutiere mit ihnen und gewinne sie zum Mitmachen in der IG Metall. Ich arbeite im Ortsjugendausschuss der IG Metall mit – und bin jetzt auch in den Bezirksjugendausschuss Baden-Württemberg gewählt worden.

Foto: Stephen Petrat

Maximilian Schmid, 19, macht eine Ausbildung als Werkzeugmacher bei Daimler.

Foto: Betriebsrat BMW Group, Werk Leipzig

»Roter Mittwoch« bei BMW in Leipzig. Beschäftigte demonstrieren für die 35-Stunden-Woche.

Ostdeutsche Metaller machen Druck für die **35-Stunden-Woche**

IG Metall will schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden.

30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist es höchste Zeit, endlich die Arbeitsbedingungen im Osten an den Westen anzugleichen. Derzeit gilt in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie noch die 38-Stunde-Woche, drei Stunden mehr als im Westen.

Die Beschäftigten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie machen mit Aktionen in den Betrieben Druck für die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Im BMW-Werk Leipzig etwa ist jeden Mittwoch »Roter Mittwoch« (Foto). Alle Beschäftigten in der Produktion und in der Verwaltung tragen rote T-Shirts der IG Metall, mit dem Schriftzug »35 reicht! Keine Zeit für neue Mauern.«

Gespräche mit Arbeitgebern Seit einigen Wochen laufen Gespräche mit den Metallarbeitgebern im Osten über die Angleichung der Arbeitszeiten an den Westen. Die Arbeitgeber haben zugesagt, dass sie mit der IG Metall eine Lösung noch im ersten Halbjahr 2019 finden wollen. Der Vorschlag der IG Metall sieht die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden vor, mit Spielräumen für einzelne Betriebe.

Aktionswoche Die Beschäftigten wollen endlich Gerechtigkeit. Bei einer Aktionswoche Mitte Mai haben Tausende im ganzen Osten für die Einführung der 35 Stunden demonstriert – vom Norden, etwa bei den MV Werften in Stralsund und bei der Neptun Werft in Rostock, bis in den Süden, etwa bei Kaeser Kompressoren im thüringischen Gotha und im VW-Werk Zwickau. »Wir werden nicht nachlassen«, macht Jens Köhler, Betriebsratsvorsitzender bei BMW in Leipzig, klar. »Die Arbeitszeitmauer muss endlich fallen.«

Dirk.Erb@igmetall.de

Unterstützt die Metallerinnen und Metaller im Osten. Macht mit bei unserer Fotoaktion »35 – im Osten wie im Westen«:
igmetall-bbs.de/35-Aktion

Thyssen-Krupp: Hofmann fordert tragfähiges Konzept

Nach dem Aus für die Fusion mit dem indischen Konkurrenten Tata hat die IG Metall eine Grundlagenvereinbarung bei Thyssen-Krupp abgeschlossen, um weitere Sicherheiten für die Beschäftigten im Stahl zu erreichen. Außerdem wurde ein Ergänzungstarifvertrag für Stahl verhandelt, der die Regelungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung aus dem hart erkämpften Tarifvertrag »Zukunft Stahl« übernimmt. Im Stahl werde es keine betriebsbedingten Kündigungen geben, betonte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. »Thyssen-Krupp ist in der Pflicht, ein tragfähiges Konzept für die Zukunft nicht nur für die Stahlsparte, sondern für alle Konzernteile vorzulegen. Wir werden nicht zulassen, dass strukturelle Probleme einfach mit Personalabbau beantwortet werden.«

35 Jahre 35-Stunden-Woche

1984, vor 35 Jahren, streikten die Beschäftigten in der westdeutschen Metallindustrie fast sieben Wochen lang für die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden in der Woche. Für »mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen«. Zudem will die IG Metall Arbeitsplätze für die 2,5 Millionen Arbeitslosen schaffen. Die Arbeitgeber halten dagegen: »keine Minute unter 40 Stunden.«

Der Streik beginnt am 14. Mai 1984 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, eine Woche später auch in Hessen. 57 500 Beschäftigte treten in den Streik.

Doch dabei bleibt es nicht. Die Arbeitgeber eskalieren den Arbeitskampf. Sie sperren 500 000 Beschäftigte ohne Lohn aus ihren Betrieben aus.

Am 26. Juni 1984 gelingt die Einigung. Die 35-Stunden-Woche kommt schrittweise bis 1995.

Top aktuell 35 Jahre danach ist Arbeitszeit in der digitalen Transformation wieder top aktuell. Daher hat die IG Metall letztes Jahr ein Recht auf Arbeitsreduzierung und auf zusätzliche acht freie Tage in der Metallindustrie durchgesetzt. Und 30 Jahre nach dem Mauerfall will die IG Metall endlich die 35-Stunden-Woche auch in der ostdeutschen Metallindustrie durchsetzen (Siehe Seite 7).

Tarifbewegung in der Leiharbeit startet

Die Tarifverträge laufen im Herbst aus. Die IG Metall befragt Leiharbeiter.

In der Leiharbeit stehen Ende des Jahres wieder Tarifverhandlungen an. Da Leiharbeit branchenübergreifend anzutreffen ist, sitzen die DGB-Gewerkschaften – darunter auch die IG Metall – gemeinschaftlich den Leiharbeit-Arbeitgeberverbänden BAP und iGZ gegenüber. Sie verhandeln über tarifliche Grundentgelte, die dann im Bereich der IG Metall noch einmal durch tarifliche Branchenzuschläge aufgestockt werden.

Was ist Euch wichtig? Vor Beginn der Verhandlungen wollen die DGB-Gewerkschaften von den Leihbeschäftigten wissen, was ihnen wichtig ist: höhere Stundenlöhne, mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld, mehr Urlaub, mehr Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder, stärkere Gleichbehandlung mit den Stammbeschäftigten bei den Zuschlägen – etwa für Schichten.

Außerdem wollen die Gewerkschaften von den Leiharbeitern wissen, ob sie bereit sind, sich auch an Aktionen und Streiks zu beteiligen. Die Befragung in den Betrieben hat begonnen. Die IG Metall-Vertrauensleute kommen mit Fragebögen auf Leiharbeiter zu.

Tariferhöhung im Oktober Bereits im Januar und im April gab es Tariferhöhungen für Leiharbeiter. Im Oktober kommt eine weitere Erhöhung der Entgeltgruppen 1 und 2: auf 9,66 und 9,90 Euro im Osten sowie 9,96 und 10,60 Euro im Westen.

In den Industriebranchen der IG Metall – in der Metall und Elektro-, Holz- und Kunststoff- und in der Textilindustrie – kommen auf die Leiharbeitstarife dann noch mal bis zu 65 Prozent tarifliche Branchenzuschläge obendrauf.

Bei den Tarifverhandlungen ab Herbst geht es um Verbesserungen der Leiharbeitstarife.

Infos, Hintergründe und Videos zur Leiharbeit:
gute-arbeit-fuer-alle.de

Im Herbst verhandeln die DGB-Gewerkschaften wieder gemeinsam über Tarifverträge in der Leiharbeit.

VW baut Batteriezellenfabrik

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall: »Wichtige und richtige Entscheidung«

Volkswagen steigt in die Fertigung von Batteriezellen ein. Damit besetzt der Wolfsburger Automobilkonzern eine Schlüsseltechnologie der Elektromobilität. Die Fabrik soll in Salzgitter entstehen. Knapp eine Milliarde Euro stehen dafür bereit.

»Volkswagen hat damit eine wichtige und richtige strategische Entscheidung getroffen«, sagt Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. »Die Batteriezelle ist die zentrale Leistungskomponente im Elektrofahrzeug, hieran entscheidet sich der Wettbewerb.«

Die IG Metall fordert seit Jahren den Bau einer Batteriezellenfabrik in Deutschland. Die eigene Produktion sichert Know-how über wichtige Teile der Wertschöpfung und vermeidet die Abhängigkeit von asiatischen Herstellern. »Für die Innovationskraft der deutschen Automobilindustrie ist das wesentlich«, erläutert Hofmann. Die Politik müsse solche Entscheidungen der Unternehmen befördern und erleichtern. »Dazu gehört auch, die Energiewende voranzutreiben.«

Foto: Matthias Leitzke/Volkswagen AG

Produktion von Batteriesystemen im VW-Werk Braunschweig.

Bislang sind die deutschen Autohersteller bei Batteriezellen auf Produzenten aus Asien angewiesen. Konzerne aus Japan, China und Südkorea dominieren den Weltmarkt.

Foto: Dominique Schneider/Studio93

Gründungsphase gut überstanden: Beim Entwicklungsdienstleister Bertrandt gibt es jetzt an einigen Standorten Betriebsräte, wie hier in Ingolstadt.

Aufregende **Zeiten**

Endlich mit Betriebsrat Bei Bertrandt in Wolfsburg und Ingolstadt gibt es jetzt Betriebsratsgremien. Es läuft von Tag zu Tag besser. Das Management des Entwicklungsdienstleisters hat seine anfängliche Skepsis abgelegt. Die Beschäftigten finden es richtig gut.

Die Gründung von Betriebsräten bei dem Entwicklungsdienstleister Bertrandt ist »ein Meilenstein in einer stark wachsenden Branche«. So sieht es die Geschäftsführerin der IG Metall Wolfsburg, Ricarda Bier. Viele Beschäftigte von Bertrandt sind froh darüber, dass sie jetzt ein Mitbestimmungsgremium haben. Das war nämlich jahrelang nicht der Fall, wie bei vielen Unternehmen dieser Branche, die dadurch entstanden ist, dass Automobilhersteller Teile ihrer Entwicklungsarbeit immer häufiger an externe Entwickler ausgelagert haben. Mit etwa 13 000 Beschäftigten in Deutschland ist Bertrandt Marktführer bei der Entwicklungsdienstleistung. Die Branche war lange kaum organisiert, und Betriebsräte waren fast nicht vorhanden.

Das ändert sich jetzt dank intensiver Bemühungen der IG Metall. Ende letzten Jahres bildeten sich aus einem Kreis von Aktiven bei Bertrandt Wahlvorstände in Wolfsburg und Ingolstadt. Das Management von Bertrandt versuchte zwar noch gegenzusteuern, doch der Wunsch der Beschäftigten nach betrieblicher Mitbestimmung setzte sich durch. Ein Blog im Internet begleitete von Anfang an den Prozess. Dort äußerten sich Betriebsräte von anderen Unternehmen solidarisch mit dem Vorhaben. Das und weitere Social-Media-Aktivitäten machten den Beschäftigten bei Bertrandt viel Mut. Regelmäßige Treffen der Aktiven und der Austausch beider Standorte trugen erheblich zur Motivation bei.

Mit einer hohen Wahlbeteiligung von 70 Prozent fanden Ende letzten Jahres Betriebsratswahlen statt. Danach konstituierten sich die Betriebsratsgremien. In Wolfsburg ist die Metallerin Anke Janik die Vorsitzende, in Ingolstadt führt der Metaller Jan Conrad zusammen mit dem Vorsitzenden Alexander Sieber das Betriebsratsbüro. Inzwischen haben erste Betriebsversammlungen stattgefunden.

Es läuft gut »Entscheidend für den Erfolg der Wahlkampagne war die Synchronisierung der Prozesse an beiden Standorten und die zeitlich parallele Vorbereitung der Wahlen«, erklärt das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall Irene Schulz. Die Beschäftigten, die mutig das Projekt Betriebsratsgründung verfolgt haben, blicken auf eine aufregende Zeit zurück. Die Geschäftsführung von Bertrandt sieht die betriebliche Mitbestimmung inzwischen weniger kritisch, sagt Karl Musiol, der zuständige Gewerkschaftssekretär in Ingolstadt. »Es läuft von Tag zu Tag besser.« Sein Kollege Kai-Martin Winter freut sich, dass es in Wolfsburg sogar schon zwei Gremien gibt. Der Betriebsrat des Ingenieurbüros mit 17 und der der Bertrandt Technologie GmbH mit 13 Mitgliedern. Beide Gremien haben schon Grundlagenschulungen absolviert. Im Ingenieurbüro gibt es sogar schon eine Betriebsvereinbarung. »Im Hinblick auf die kurze Arbeitsdauer sind die Gremien mit der Unterstützung der IG Metall Wolfsburg extrem gut vorangekommen«, sagt Winter.

Die Betriebsratsgründung bei Bertrandt ist ein ein Vorbild auch für andere Entwicklungsdienstleister. Starke Betriebsräte sorgen für mehr Zufriedenheit unter den Mitarbeitern und stärken die Innovationskraft im Unternehmen. Um weitere Unternehmen zu erreichen, sind die Betriebsräte im EDL-Arbeitskreis der IG Metall miteinander vernetzt.

Martina.Helmerich@igmetall.de

37-Stunden-Woche für Textiler im Osten kommt

Tarifabschluss Textil Ost Bis 2027 sinkt die Arbeitszeit in der ostdeutschen Textilindustrie schrittweise von 40 auf 37 Stunden. Los geht's mit 39,5 Stunden ab 2020. Außerdem gibt es 6,2 Prozent mehr Geld über die nächsten drei Jahre.

In der ostdeutschen Textilindustrie sinkt die Arbeitszeit bis 2027 in sechs Schritten von derzeit 40 auf 37 Stunden in der Woche – wie im Westen. Das hat die Tarifkommission der IG Metall in Verhandlungen mit den Arbeitgebern erreicht. In der ersten Stufe wird die Arbeitszeit ab Januar 2020 um eine halbe auf 39,5 Stunden in der Woche verkürzt. Dann geht es schrittweise weiter. Dieser Zeitplan ist erstmalig 2025 kündbar.

6,2 Prozent mehr über drei Jahre Beim Geld gibt es 6,2 Prozent mehr in den nächsten 36 Monaten, in drei Stufen. Zunächst gibt es 2,6 Prozent am 1. Juni 2019. Das zusätzliche Urlaubsgeld steigt von 600 auf 625 Euro im Jahr 2019 und bis 2021 weiter auf 675 Euro. Der Tarifabschluss gilt für 16 000 Beschäftigte in der Textilindustrie Ost.

Perspektive für Jung und Alt Auszubildende erhalten nach erfolgreicher Ausbildung eine unbefristete Stelle. Die Arbeitgeber hatten die unbefristete Übernahme der Azubis gekündigt, trotz Fachkräfte- und Nachwuchsmangel. Der Tarifvertrag wird nun doch unverändert fortgeführt. Auch der Tarifvertrag zur Altersteilzeit, der den früheren Altersausstieg ermöglicht, wird unverändert fortgeführt. Die Arbeitgeber wollten ursprünglich an der Quote sparen.

Angleichung an den Westen Mit der Einführung der 37-Stunden-Woche auch in der ostdeutschen Textilindustrie hat die IG Metall ein zentrales Ziel erreicht. Auch die Beschäftigten sind zufrieden.

»Der Abschluss ist ein Kompromiss, wir hätten uns gewünscht, dass es schneller auf 37 Stunden geht«, erklärt Kai Hölzel, Betriebsratsvorsitzender des Tamponherstellers Ontex in Großpostwitz bei Bautzen und Mitglied der Tarifkommission. »Klar, der Arbeitgeber muss ja den Wegfall von Arbeitszeit ausgleichen. Und Fachkräfte sind bei uns in der Region knapp geworden. Viele gehen lieber in Metallbetriebe, wo die Tarife höher sind. Auf der anderen Seite war das auch unser wichtigstes Argument, um die Arbeitgeber zu überzeugen: Mit dem klaren Zeitplan zur 37-Stunden-Woche haben wir jetzt einen Vorteil, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.«

In einigen Betrieben kommt die 37 tatsächlich schneller – beim VW-Zulieferer Adient im sächsischen Meerane etwa bereits 2023. »Das haben wir in einem Ergänzungstarif ausgehandelt«, sagt Heike Meyer, Tarifkommissionsmitglied und Leiterin der IG Metall-Vertrauensleute bei Adient. »Wir liefern just-in-sequence direkt ans VW-Montageband. Dort wird nach Metalltarif nur 38 Stunden gearbeitet. Das hat mit unseren 40 nie gepasst. Und demnächst soll in der Metallindustrie Ost ja sogar schrittweise auch die 35-Stunden-Woche kommen.«

Details und Hintergründe zum Tarifabschluss:
Textil-Tarifrunde.de

Foto: Igor Pastierovic

Beschäftigte der ostdeutschen Textilindustrie vor dem Verhandlungslokal der entscheidenden Tarifverhandlung am 30. April im sächsischen Meerane.

Kfz-Tarifrunde gestartet – Aktionstage Anfang Juni

Die Verhandlungen im Kfz-Handwerk sind gestartet. Die IG Metall fordert 5 Prozent. Anfang Juni sind bundesweite Aktionen geplant.

Die Tarifverhandlungen für das Kfz-Handwerk laufen. 5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall für die Beschäftigten in den Autohäusern und Kfz-Werkstätten. Auszubildende sollen ein Extraplus erhalten. Zu Redaktionsschluss dieser metallzeitung haben IG Metall und Arbeitgeber noch keine Annäherung erzielt.

Die IG Metall begründet ihre Forderungen mit einem wachsenden Werkstattgeschäft, robusten Umsätzen und guten Renditen. Die Umsätze stiegen laut Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe im Jahr 2018 bundesweit um insgesamt 2,6 Prozent, im Pkw-Neuwagengeschäft um 3,6 und im Service um 5 Prozent.

Aktionstage Anfang Juni Die sogenannte Friedenspflicht endet am 31. Mai. Danach sind Warnstreiks zulässig.

Vom 3. bis 5. Juni machen die Kfz-Beschäftigten mit bundesweiten Aktionstagen Druck für ihre Forderungen. In allen Regionen sind Demonstrationen und Autokorsos geplant.

Tarifbindung erhöhen Neben mehr Geld will die IG Metall erreichen, dass die Tarife wieder für mehr Kfz-Betriebe gelten. »Viel zu viele Betriebe haben sich dem Flächentarifvertrag entzogen«, kritisiert IG Metall-Vorstandsmitglied Ralf Kutzner. »Die Arbeitgeber wollen schlicht selbst darüber bestimmen, ob und was gezahlt wird.«

Foto: Thomas Range

Die Geschäfte in den Werkstätten laufen. Die Beschäftigten dort fordern jetzt ihren gerechten Anteil.

Tarifbindung durchgesetzt In vielen Betrieben ist es Beschäftigten und IG Metall bereits gelungen, die Tarifbindung durchzusetzen. Etwa für die rund 1200 Beschäftigten in den 40 Niederlassungen des Lkw-Herstellers Scania. Seit Januar wird dort schrittweise bis 2021 der Kfz-Flächentarif der IG Metall eingeführt. Das bedeutet für viele Beschäftigte ein Plus von mehreren Hundert Euro im Monat. Zudem sinkt die Arbeitszeit bis 2022 schrittweise von vorher 40 auf 36 Stunden in der Woche. Für die Auszubildenden gilt bereits jetzt der volle Kfz-Tarif. Das alles haben die Beschäftigten durchgesetzt. Sie gründeten Betriebsräte und machten während der Verhandlungen mit Aktionen Druck.

Vor wenigen Wochen haben sich auch die 150 Beschäftigten der Daimler-Tochter CARS im sächsischen Wiedemar ihre Tarifbindung erkämpft. Ihre Löhne steigen dadurch in diesem Jahr um 10 Prozent. Dafür haben die Beschäftigten gemeinsam mit der IG Metall Druck gemacht – unter anderem mit einem ganztägigen Warnstreik vor der Daimler-Konzernzentrale in Stuttgart.

In vielen weiteren Kfz-Betrieben sind Beschäftigte gerade dabei, mithilfe der IG Metall Tarifverträge durchzusetzen, etwa für die Autohäuser von Neils & Kraft in Mittelhessen. Neils & Kraft ist wie viele Kfz-Arbeitgeber in Hessen nicht mehr im Tarif. Die IG Metall-Mitglieder bei Neils & Kraft haben nun eine Tarifkommission gewählt. Auch sie fordern 5 Prozent mehr Lohn, die Verkürzung der Arbeitszeit von 37,5 auf 36 Stunden in der Woche und die Anerkennung des hessischen Kfz-Tarifs.

Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Zahlen zur Tarifrunde im Kfz-Handwerk:
igmetall.de/kfz-handwerk
Diskutiert mit auf Facebook:
facebook.com/offensivehandwerk
Infos zu Aktionen bekommt Ihr bei Eurem Betriebsrat und bei Eurer IG Metall vor Ort.

Debatte zur Holztarifrunde gestartet

Ab Ende September laufen Tarifverhandlungen für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie. Die Beschäftigten diskutieren derzeit über Tarifforderungen. Mitte Mai trafen sich dazu die regionalen Verhandlungskommissionen beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt.

Ende Juni beschließen die gewählten Tarifkommissionen ihre Forderung. Abschließend entscheidet dann der IG Metall-Vorstand.

Topthema Geld Klar ist: Die Beschäftigten erwarten vor allem mehr Geld. Darüber hinaus gehen sie gestärkt in die Tarifrunde: Die IG Metall hat Mitglieder in der Holz- und Kunststoffindustrie dazugewonnen.

Auch die wirtschaftliche Lage ist gut – wenn auch in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Besonders gut laufen Küchen, Büromöbel und Baubedarf. Die Umsätze stiegen 2018 um bis zu sechs Prozent.

»Der Laden brummt. Unsere Stundenkonten laufen über«, berichtet Kerstin Kublun vom Fenster- und Türenbauer HBI, Verhandlungskommission Niedersachsen. »Unsere Beschäftigten wollen dafür eine ordentliche Tariferhöhung. Und sie sind bereit, dafür zu kämpfen.«

Weniger gut laufen Wohnungsmöbel – jedoch mit deutlichen Unterschieden von Betrieb zu Betrieb. »Wir haben eine super Auftragslage«, betont Cornelia Miltenberger von Rauch Möbel, Verhandlungskommission Baden-Württemberg. »Unsere Leute müssen immer mehr leisten. Und sie kriegen ja mit, dass es im Metalltarif deutlich mehr gibt. Wir erwarten spürbar mehr Geld.«
holz-tarifrunde.de

Meisterpflicht kommt wieder zurück

Der Bundestag debattiert über die Wiedereinführung der Meisterpflicht für alle Handwerksbetriebe. Vor 15 Jahren hatte er die Meisterpflicht für 53 Gewerke abgeschafft. Die Folgen: weniger Ausbildung, mehr Ungelernte, Billiglöhne. Die IG Metall begrüßt die Rückkehr zur Meisterpflicht, hält sie aber allein nicht für ausreichend, sondern will weitere Verbesserungen. Etwa mehr Tarifbindung, alternsgerechte Arbeitsbedingungen, bessere Aus- und Weiterbildung und eine Stärkung der Mitbestimmung.

DIE UHR TICKT
#FAIRWANDEL
NUR MIT UNS

29. JUNI 2019

Darum fahren wir nach **Berlin**

Klimafreundlich fahren, digital produzieren: Unsere Industrie steht vor grundlegenden Veränderungen. Dass sie erfolgreich verlaufen, ist längst nicht ausgemacht. Vieles fehlt: Zukunftsprodukte, Weiterbildung, Investitionen in Stromnetze, Nahverkehr oder Ladestationen für E-Autos. Den Wandel sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten – das ist die Herausforderung. Gelingen wird es nur, wenn wir Druck machen, unsere Stimmen erheben, gemeinsam für eine gute Zukunft kämpfen. Dafür fahren am 29. Juni Zehntausende Metallerinnen und Metaller zur Großkundgebung nach Berlin. Wir haben sie nach ihren Zielen, Sorgen und Wünschen gefragt. **Von Simon Che Berberich**

» Ob ich nach Berlin fahre? Das ist doch keine Frage! Wir können nicht mehr abwarten, dass andere etwas für uns tun. Wir müssen selbst für unsere Zukunft einstehen. Ich will erreichen, dass der ökologische Umbau der Industrie sozial abläuft. Diese Transformation braucht Zeit. Verbrennungsmotoren spielen dabei als Brückentechnologie eine wichtige Rolle. Sie dürfen nicht blind verteufelt werden. Manche Politiker sollten sich mal sachkundig machen und den Tatsachen ins Auge sehen. Es kann nicht sein, dass meine Generation ein schönes Leben hatte und unsere Kinder schauen in die Röhre. «

Waltraud Fuchs, Bosch, Bamberg

» Ich fahre nach Berlin, weil: Wenn wir jetzt schlafen und den Trend verpassen, dann kommt bald das böse Erwachen. «

Bamir Useini, Opel Group Warehousing GmbH, Bochum

Aktuell informiert:

Aktuelle Informationen zur Kundgebung gibt es auf unserem Online-Portal. Dort kannst Du Dich auch für einen WhatsApp-Dienst und einen E-Mail-Newsletter anmelden:
igmetall.de/fairwandel

» Ich fahre mit nach Berlin, weil wir unsere Rechte einfordern wollen. Es gibt so viele Baustellen, in Deutschland und in Europa. Der Schlüssel ist: Solidarität. Wenn wir zusammenhalten und laut sind, können wir als Beschäftigte Großes erreichen. Wir müssen ganz viele sein. Ich bin sicher: Das wird eine richtig geile Stimmung in Berlin. «

Melanie Specken, VW, Emden

Fotos: Frank Rumpenhorst, Betriebsrat Bosch Bamberg, Thomas Range, Thomas Schlunck/VW Emden

»Unser Betrieb produziert Sensoren für die Automobilindustrie und hängt stark vom Verbrenner ab. Wir brauchen neue Perspektiven, neue Produkte. Den Strukturwandel darf man nicht dem Markt überlassen. Der Markt denkt nur an die Kosten und nicht an die Menschen. Deshalb müssen wir uns bei der Politik und bei den Arbeitgebern Gehör verschaffen. Es geht um unsere Arbeitsplätze.«

Michael Lemm,
Bosch, Eisenach

Cornelia
Hübscher-Gellert,
Daimler, Nürnberg

»Demonstrationen können viel bewirken. Das sieht man gerade wieder an der ›Fridays for Future‹-Bewegung. Diese Schülerproteste sind in aller Munde und haben in den Köpfen der Menschen bereits viel bewegt. Das können wir auch. Die Botschaft muss sein: Wir sind viele, wir sind laut. Ich arbeite im Kfz-Handwerk. Da wird es heftige Umbrüche geben. Elektromobilität wird den Alltag in den Werkstätten stark beeinflussen. Das klassische Autohaus wird es vielleicht bald nicht mehr geben. Viele Kolleginnen und Kollegen denken: Was passiert morgen mit mir? Ich will, dass sie und ihre Familien Sicherheit haben. Dafür gehe ich in Berlin auf die Straße.«

Marcel Thoma,
JAV-Vorsitzender,
Automobile Hannover

»Ich fahre nach Berlin, um Politik und Arbeitgebern deutlich zu machen: Unsere Stimme kann man nicht ignorieren! Wir werden zu viele und zu laut sein, als dass man unsere Botschaften überhört. Regierung und Arbeitgeber müssen sich bewegen. Stillstand war noch nie eine Option.«

Martin Böhmer,
ThyssenKrupp
Rothe Erde GmbH,
Dortmund

Unsere Partner:

NABU

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) ist der älteste und mitgliederstärkste Umweltverband Deutschlands. Er zählt rund 700 000 Mitglieder und Förderer. Der NABU kümmert sich um Arten- und Biotopschutz und setzt sich für die Energiewende ein.
nabu.de

Diakonie

Die Diakonie ist der Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirchen. Sie betreibt Altenheime, Sozialstationen, Frauenhäuser und viele andere soziale Einrichtungen. Sie hat rund 525 000 hauptamtlich Beschäftigte, dazu kommen 700 000 Ehrenamtliche.
diakonie.de

SOZIALVERBAND
VdK
DEUTSCHLAND

Der VdK ist mit knapp zwei Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband Deutschlands. Er engagiert sich unter anderem für gute Renten, faire Löhne, Armutsbekämpfung und eine starke gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung.
vdk.de

Fotos: Antje Bittorf/le flair de l'art, Privat, Michael Löwa, Thomas Range (2), Christian von Polentz/transitfoto.de, Foto Rechtnitz Leipzig, Jan Will Fotografie

»Arbeitsplätze verändern sich oder gehen verloren. Die Menschen dürfen deshalb aber nicht unter die Räder kommen. Der Wandel muss fair gestaltet werden. Hier dürfen wir auch nicht unsere leistungsgeminderten oder schwerbehinderten Kollegen vergessen, für die Veränderungen noch schwerer sind. Die Beschäftigten sollen für die anstehenden Veränderungen rechtzeitig qualifiziert werden. Das fordere ich. Deshalb fahre ich nach Berlin.«

»Ich fahre nach Berlin, weil wir nur zusammen etwas verändern können.«

Julia Hoffmeier,
Bleistahl GmbH,
Wetter (Ruhr)

Anmeldung/Anreise:

Die Kundgebung findet am 29. Juni um 13 Uhr vor dem Brandenburger Tor in Berlin statt. Das Vorprogramm startet bereits ab 11 Uhr.

Die Anmeldung zur Kundgebung läuft über Deine Vertrauensleute oder den Betriebsrat. Alternativ könnt Ihr Euch auch an Eure IG Metall-Geschäftsstelle wenden.

Eine Onlineanmeldung ist hier möglich:
igmetall.de/fairwandel

»In unserem Betrieb verändert sich unheimlich viel: neue IT, neue Arbeitsabläufe, neue Firmenstruktur. Dieser Wandel muss fair ablaufen. Es dürfen keine Arbeitsplätze vernichtet werden. Ich will, dass meine Tochter auch die Chance auf sichere und gute Arbeit hat. Dafür gehe ich in Berlin auf die Straße. Ich habe 1989 die großen Montagsdemos in Leipzig mitgemacht. Ich weiß, dass solche Demonstrationen viel bewirken können.«

Maik Apfelbacher,
CWS-boco, Leipzig

»Wir in der Autoindustrie sind besonders stark vom Wandel betroffen. Die Transformation findet bereits statt. Es geht um unsere Arbeitsplätze. Aber bei vielen Politikern ist das noch nicht angekommen. Deshalb fahre ich mit meinen Kollegen per Sonderzug nach Berlin. Wir wollen Druck machen. Die #FairWandel-Demonstration ist zwingend notwendig – am besten mit einer sechsstelligen Teilnehmerzahl. Wer nicht auf sich aufmerksam macht, bringt seine Interessen nicht voran.«

Benjamin Maier,
Daimler,
Untertürkheim

▸▸▸

DIE UHR TICKT
#FAIRWANDEL
NUR MIT UNS

29.06.2019

#FairWandel

Berlin, Brandenburger Tor

Illustration: greens87/iStockphoto

Wir sind dabei!

Diese Künstler treten bei der #FairWandel-Kundgebung auf.

» Es ist wichtig, dass wir für unsere Werte und Grundpfeiler des Zusammenlebens zusammenkommen. Auf Festivals kommen Menschen verschiedenster Herkunft, aller Religionen, aller Hautfarben zusammen, um Musik zu erleben und gemeinsam das Leben zu feiern. Diese kleine Welt sollten wir auf die große Welt übertragen. Das ist mein Traum als Musiker. «

Foto: eyecandy

Joris

Nach 300 Konzerten und drei Echos hat Joris sein zweites Album veröffentlicht.

Foto: Christoph Köstlin

» Viele unterschätzen völlig, was für eine Kraft sie haben. Ich habe mich früher gar nicht für Politik interessiert. Aber ich habe gemerkt: Gerade jetzt ist es wichtig, aufzustehen. Auf die Straße zu gehen ist etwas ganz Einfaches, kann aber viel bewirken. «

Clueso

Das aktuelle Album des Erfurters kletterte an die Spitze der deutschen Charts.

Videointerviews der Künstler findet Ihr auf **metallzeitung.de**

» Veränderung kann Menschen Angst machen. Das ist völlig normal. Veränderung kann aber auch eine große Chance sein – wenn wir sie mitgestalten. Am besten ist, wenn sich viele zu einer Gemeinschaft zusammenfinden, dann kann man mehr erreichen. Nur so kann eine starke Gesellschaft entstehen. «

Foto: Christian Hoppe

Silly

mit Gastsängerinnen Julia Neigel und AnNa R.

Foto: Caren Pauli

Berlin Boom Orchestra

Die neunköpfige Band macht Reggae mit deutschen Texten.

Culcha Candela

Sie spielen einen vielfältigen Mix aus verschiedenen Musikstilen und Sprachen.

Foto: Leon Hahn

Foto: Ingo Dumreicher

»Nötig sind konkrete Maßnahmen, um Belastungen spürbar zu senken«: Gundi Fetzer, Betriebsrätin bei BSH in Giengen und Dirk-Peter Kasat.

Belastungen wirksam **reduzieren**

Arbeitsgestaltung Die Beschäftigten von BSH in Giengen leisten körperlich harte Arbeit. Der Betriebsrat hat sich zum Ziel gesetzt, die körperlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in der Produktion spürbar zu senken. Das gelingt ihnen mit großem Erfolg.

Als sie die Liste in den Händen hielten, vor jetzt beinahe zwölf Jahren, da war ihnen bewusst, dass es eine lange Strecke werden würde. Aber Gundi Fetzer war auch klar, dass sie sich auf den Weg machen mussten, gemeinsam mit dem Arbeitgeber, beharrlich und kämpferisch. Nur so konnten sie ihr Ziel erreichen: die körperlichen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen vor allem in der Produktion spürbar zu senken. »Am Ende unseres Weges sind wir noch lange nicht«, sagt Betriebsrätin Fetzer, »aber wir haben viel erreicht.«

Damals, 2007, war es nicht sicher, dass das gelingen würde – sicher war nach der Analyse der Arbeitsplätze nur eins: dass die körperlichen Belastungen, denen die Beschäftigten bei BSH in Giengen ausgesetzt waren, zu hoch waren. »Bei uns in Giengen arbeiten insgesamt 2900 Kolleginnen und Kollegen, 1300 von ihnen sind in der Produktion. Sie stellen dort Kühl- und Gefriergeräte her. Das ist körperlich anstrengende Arbeit.«

Belastend sind die Taktzeiten von durchschnittlich 43 Sekunden, anstrengend die monotonen Bewegungsabläufe. Dazu kommt, dass die Beschäftigten bei der Fertigung viele Steck- und Einrastvorgänge durchführen müssen: Teile müssen angehoben, eingesetzt, eingedrückt, gehalten fest montiert werden – manche Teile sind schwer. »Ein Kühlschrankverdichter wiegt zwischen sieben und neun Kilo, eine große Tür bis zu 14 Kilo«, sagt Gundi Fetzer. »Das mussten Kollegen heben.«

Heute müssen sie das nicht mehr. Heute gibt es am Standort passende Hebehilfen, die den Beschäftigten das Heben, Tragen und Auflegen der schweren Türen abnehmen. »Als wir uns die Liste, in der alle Belastungen, die auf die Beschäftigten in der Produktion wirken, angesehen haben, war uns klar, dass wir uns um die körperlich harte Arbeit verstärkt kümmern müssen.«

Klare Regelungen Kümmern – das hört sich einfach und unkompliziert an, so, als würde es reichen, mit dem Finger auf ein Problem zu zeigen, und im Nu wird es abgestellt. »So einfach ist es nicht«, sagt Gundi Fetzer. Zwar gebe es bei der Geschäftsführung ein prinzipielles Einverständnis darüber, dass Belastungen am Arbeitsplatz gesenkt werden müssten, und das sei sehr schön. »Nötig sind aber konkrete Maßnahmen.«

So wie bei BSH in Giengen ist es in vielen Betrieben quer durch die Republik: Körperlich harte Arbeit gehört noch immer zum Arbeitsalltag vieler Beschäftigter. Um Belastungen spürbar zu senken, muss man diese im Betrieb zum Thema machen, sich einmischen, konkrete Maßnahmen zum Abbau durchsetzen. Das ist viel Arbeit für den Betriebsrat – genau hier will die IG Metall mit ihrer Initiative »Runter mit der Last« unterstützen und Orientierung geben. »Es braucht verbindliche Regelungen und klare Prozesse der Zusammenarbeit«, sagt Gundi Fetzer.

Das haben sie am Standort. 2007 haben sie eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, in der das Ziel des kontinuierlichen Belastungsabbaus festgeschrieben wurde. Später wurde vereinbart, dass Betriebsrat und Geschäftsführung sich dazu alle sechs Wochen treffen, um gemeinsam über geeignete Maßnahmen zu sprechen. Gerade sind sie dabei, die Lärmbelastung in der Fertigung weiter zu senken. Manchmal genügt es da, wenn an einer Maschine der Riemen nachgespannt wird, manchmal ist es nötig, einen neuen Motor einzusetzen, dann wieder muss eine Anlage umbaut werden, um Lärm wirksam zu reduzieren. »Es gibt für fast alle Probleme mehrere Lösungen«, sagt Gundi Fetzer, »wichtig ist, dass man die umgesetzten Maßnahmen zeitnah auf ihre Wirksamkeit überprüft.« Das tun sie in Giengen – etwa mit Gefährdungsbeurteilungen für jeden Arbeitsplatz.

Belastungen vermeiden Wichtig ist aber auch, schwere körperliche Belastungen möglichst zu vermeiden oder, falls das nicht möglich ist, technische Lösungen zur Reduktion voranzutreiben. So machen sie es, wenn sie im Werk eine neue Linie konzipieren. »Da schauen wir bereits bei der Planung auf Ergonomie.« Erst, wenn Belastungen sich nicht vermeiden oder mithilfe technischer Lösungen abbauen lassen, dringt der Betriebsrat auf arbeitsorganisatorische- oder persönliche Maßnahmen. »Die Seitenwände der Kühlschränke etwa, die sind unhandlich, bis zu zwei Meter hoch. An diesen Arbeitsplätzen haben wir für eine Mitarbeiter-Rotation gesorgt.« Nein, damit sei nicht alles gut – aber eine spürbare Entlastung erreicht. »Wie gesagt, wir sind nicht am Ziel, der Weg führt weiter«, sagt Gundi Fetzer. »Man braucht einen langen Atem. Den haben wir.«

Jan.Chaberny@igmetall.de

»Ungleichheit führt zur **Spaltung**«

Wirtschaft Der Markt regelt alles? Daran hat der Ökonom Sebastian Dullien noch nie geglaubt. Im Interview erklärt er, wie sich Krisen abmildern lassen – und was Wirtschaftspolitiker vom Fußball lernen können.

Immer mehr Menschen sind der Meinung, dass es in Deutschland ungerecht zugeht. Gerät das Land in eine soziale Schieflage?
Zumindest nimmt die Ungleichheit in Deutschland zu. Die Schere zwischen Top- und Geringverdienern öffnet sich. Das sorgt für Unmut. Dabei geht es nicht nur um die ungleiche Verteilung der Einkommen, sondern auch um die ungleiche Chancenverteilung. Hier in Berlin geht ein wachsender Anteil der Schüler auf Privatschulen. Die haben womöglich bessere Chancen im Wettbewerb um Ausbildungs- und Studienplätze. Das sind natürlich Kinder aus den oberen Einkommensgruppen. Die Einkommen der reichsten zehn Prozent steigen besonders stark.

Mit welchen Folgen?
Die Ungleichheit führt zur Spaltung. Die Einflussreichen werden noch einflussreicher. Das schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Außerdem schadet Ungleichheit langfristig dem Wachstum. Sie bedeutet, dass Menschen ausgeschlossen werden, ihr Potenzial im Erwerbsleben nicht ausschöpfen. Sie arbeiten dann vielleicht als Gebäudereiniger, obwohl sie schlau genug wären, Ingenieur zu werden. Das ist schlecht für die Wirtschaft.

Wie kann man Ungleichheit eindämmen?
Wir müssen darauf achten, dass überall gleiche Lebenschancen entstehen. Das bedeutet konkret: bezahlbarer Wohnraum, gute Schulen, vernünftige Verkehrsanbindung, ordentliche medizinische Versor-

Foto: Peter Himsel

Zur Person:
Sebastian Dullien leitet seit 1. April das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Der 44-Jährige ist außerdem Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.

gung. Der Staat muss an vielen Stellen stärker eingreifen und steuern.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?
Die Gewerkschaften sind in Deutschland eine Kraft, die der Ungleichheit entgegenwirkt. Aber die Tarifbindung hat abgenommen. Das hat mit gesetzlichen Rahmenbedingungen zu tun. Die Hartz-Gesetze haben die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer geschwächt, weil sie Angst vor dem Abstieg erzeugt haben. Das muss der Gesetzgeber korrigieren.

Wie?
Die Regierung könnte die Tarifbindung stärken, indem Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, damit es keine Armutslöhne gibt. Öffentliche Aufträge könnten nur an Unternehmen vergeben werden, die einen Tarifvertrag haben.

» Der Staat muss an vielen Stellen stärker eingreifen und steuern. «

Sollte der Staat auch in der Industriepolitik aktiver werden?
Auf jeden Fall. Industriemächte wie China betreiben eine sehr strategische Industriepolitik, fördern gezielt Schlüsseltechnologien. Wir dagegen sagen: Das muss der Markt richten. Wird er aber nicht. Es ist wie beim Fußball: Eine reiche Mannschaft, die sich Top-Spieler kaufen kann, spielt gegen eine mittellose Amateurmannschaft. Das ist kein faires Spiel.

Wie geht gute Industriepolitik?
Wir müssen Zukunftstechnologien identifizieren und fördern. Die öffentliche Hand könnte gezielt entsprechende Produkte kaufen, die noch dazu aus der EU stammen. Das würde eine gesicherte Nachfrage schaffen und damit Planungssicherheit für europäische Unternehmen. Das fördert Technologieentwicklung.

Derzeit häufen sich schlechte Konjunkturprognosen. Kommt die Rezession?
Es gibt Schwächesignale aus der Industrie, Maschinenbau oder Autoindustrie. Aber die Erwerbstätigkeit ist hoch und die Löhne steigen. Das stärkt die Inlandsnachfrage und trägt derzeit noch die Konjunktur. Es gibt weiter leichtes Wachstum. Aber es gibt große Risiken: den Brexit, die unberechenbare Handelspolitik von Donald Trump. In dieser Unsicherheit scheuen Unternehmen Investitionen. Sollten die Risiken Realität werden, kann das zu einem wirtschaftlichen Schock oder sogar einer Rezession führen.

Und dann?
Kluge Politik kann Konjunkturschwankungen dämpfen. Das haben wir in der Krise 2008/2009 gesehen. Damals hat die Regierung entschlossen gehandelt und Konjunkturpakete verabschiedet. Das hat Nachfrage erzeugt und die Zukunftserwartungen von Unternehmen und Konsumenten stabilisiert. Dadurch hat sich die Wirtschaft unerwartet schnell erholt.

Heute wäre das schwieriger. Mit der Schuldenbremse hat sich der Staat Fesseln angelegt …
Die Schuldenbremse ist ein großer politischer Fehler. Wenn der Staat in Infrastruktur oder Bildung investiert, dann profitieren spätere Generationen davon. Dafür kann man guten Gewissens Kredite aufnehmen. Die Schuldenbremse verbietet das. Dadurch wird die Steuerungsfähigkeit im Abschwung begrenzt.

Wo sollte der Staat investieren?
Stromnetze, Straßen, Schienen, öffentlicher Nahverkehr, öffentlicher Wohnungsbau, Schulen. Die Liste ist lang.

Gerade haben wir eine neues EU-Parlament gewählt. Sie fordern mehr Kompetenzen für Europa, eine europäische Wirtschaftsregierung. Warum?
Weil der Euro auf der Kippe steht. Viele Populisten wollen ihn abschaffen. Für die deutsche Wirtschaft wäre ein Auseinanderbrechen der Eurozone katastrophal – vor allem für die Metall- und Elektroindustrie. Eine neu eingeführte D-Mark würde im Vergleich zum Euro massiv an Wert zulegen. Damit würden unsere Exporte im Ausland unerschwinglich. Der Export würde einbrechen.

Woher kommt die weit verbreitete Europaskepsis?
Viele Menschen haben das Gefühl, dass Europa seine Versprechen nicht einlöst. In Italien sind die Einkommen heute niedriger als vor zehn Jahren. Wir brauchen Investitionen für mehr Wachstum. Länder im Abschwung brauchen Unterstützung. Von einer Stabilisierung Europas profitiert kaum ein Land so wie Deutschland. Das ist unser ureigenes wirtschaftliches Interesse – gerade auch aus Sicht der Arbeitnehmer. Das sollte uns etwas wert sein.

Simon.Berberich@igmetall.de

Foto: Armin Weigel/BMW Group

Viele Tätigkeiten werden sich verändern.

Kurzarbeitergeld für die Transformation

Strukturwandel Wenn Betriebe im Umbruch sind, brauchen Beschäftigte Sicherheit und Perspektiven. Die IG Metall hat dazu einen Vorschlag.

Was es bedeutet, wenn wirtschaftlicher Wandel konkret wird, lässt sich zurzeit in der Autoindustrie beobachten: Volkswagen steuert rasant in Richtung E-Mobilität und will in der Folge Tausende Stellen streichen. Bei Dieselzulieferern bangen Beschäftigte um ganze Standorte. Diese Umbrüche werden sich fortsetzen. Digitalisierung, Klimaschutzmaßnahmen, Globalisierung und Demografie treiben den Wandel voran. Das hat Folgen für den Arbeitsmarkt. Viele Tätigkeiten werden sich stark verändern. Neue Qualifikationen sind gefragt. Manche Arbeitsplätze werden verschwinden, andere neu entstehen.

Um diese Transformation zu bewältigen, ohne dass zahlreiche Menschen arbeitslos werden, hat die IG Metall einen Vorschlag: eine neue Form des Kurzarbeitergelds (KuG), das Transformationskurzarbeitergeld. Damit könnten Betriebe und Beschäftigte unterstützt werden, die von technologischem oder sonstigen Strukturwandel betroffen sind.

Brücken bauen Das Transformationskurzarbeitergeld funktioniert so: Ein Betrieb steht vor einem Umbauprozess. Der Umbau braucht Zeit und es kommt zunächst zu Arbeitsausfall. Auf die Beschäftigten kommen neue und veränderte Anforderungen und Tätigkeiten zu.

In solchen Lagen soll das Transformations-KuG eine Brücke bauen. Es verhindert Entlassungen und minimiert die Entgeltverluste der Beschäftigten während des Arbeitsausfalls. Außerdem soll die Kurzarbeit mit Qualifizierung verbunden werden. Unternehmen und Betriebsräte entscheiden gemeinsam, welche Fortbildung am sinnvollsten ist. Nach dem Transformationsprozess können die Beschäftigten mit neuen Fertigkeiten weiterbeschäftigt werden.

igmetall.de/fairwandel

TRANS FORMATIONS ATLAS

Den Wandel **gestalten**

Transformation Mit einem Transformationsatlas will die IG Metall Ausmaß und Auswirkungen des Wandels der Arbeitswelt sichtbar machen. Wie groß die Umbrüche werden, zeigt sich bei den Automobilzulieferern. Arbeitgeber müssen Beschäftigte qualifizieren. Die Politik ist gefordert, den Strukturwandel mit aktiver Arbeitsmarktpolitik zu begleiten. **von Jan Chaberny**

Was das Wort Transformation konkret bedeutet, wird hier greifbar: ein warmer Maitag in Halle 2 bei ZF in Saarbrücken, die Montagelinie blitzt und blinkt – an ihr werden Getriebe für den Mobilitätswandel gebaut. »Wir haben unser 8-Gang-Automatgetriebe weiterentwickelt und bieten es jetzt auch als Hybridvariante an, mit der man voll elektrisch fahren kann«, sagt Betriebsratsvorsitzender Matthias Scherer. »Das Unternehmen steckt mitten im Umbruch. Wir treiben die Elektrifizierung des Antriebsstranges voran und senken die CO_2-Emissionen im Straßenverkehr.«

Die Zielsetzung ist ambitioniert: Bereits in zehn Jahren, so die Planungen des Automobilzulieferers, sollen 80 Prozent der Getriebe, die in Saarbrücken hergestellt werden, Hybridvarianten sein. »Wir produzieren derzeit rund 2,5 Millionen Getriebe im Jahr«, sagt Matthias Scherer. »Die Umstellung wird ein enormer Kraftaufwand.«

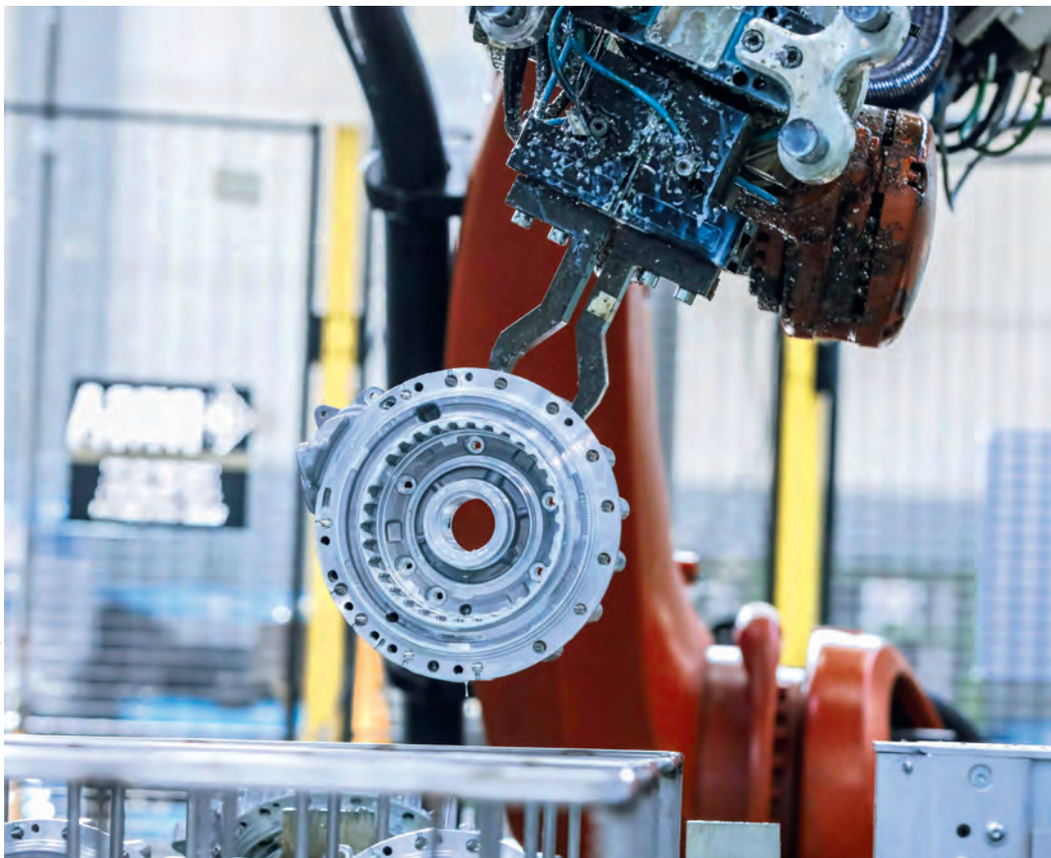
Auf die 8500 Beschäftigten, die derzeit am Standort arbeiten, kommen tief greifende Umbrüche zu.

Die Treiber des Wandels sichtbar zu machen, den Stand der Transformation und die Auswirkungen auf die Beschäftigten systematisch zu erfassen – das war Aufgabe und Ziel des Transformationsatlas der IG Metall, der in den vergangenen Monaten in Betrieben überall in der Republik erstellt wurde. Auch bei ZF in Saarbrücken.

In einem gemeinsamen Workshop haben Matthias Scherer und sein Team einen Fragebogen bearbeitet, der es ermöglicht, frühzeitig Hinweise über Veränderungen zu erlangen, die die Beschäftigten betreffen, und zugleich einen Überblick über den konkreten Handlungsbedarf zu bekommen. »Wir stehen vor fundamentalen Umbrüchen«, sagt Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. Die Transformation werde die Art, wie wir leben und arbeiten, komplett verändern. »Mit dem Transformationsatlas wollen wir die Hotspots der Veränderung aufzeigen.«

Treiber des Wandels Bei ZF, das wurde mit dem Atlas sichtbar, stecken sie mitten in der Transformation. Hier wirken unterschiedliche Treiber, die sich gegenseitig verstärken und potenzieren. »Die Umbrüche betreffen uns gleich doppelt«, erzählt Matthias Scherer. »Erstens kommt der Mobilitätswandel, der zu großen Veränderungen für die Beschäftigten führen wird. Zweitens wird die fortschreitende Digitalisierung die Abläufe in der Fabrik stark verändern.« Beide Entwicklungen haben konkrete Auswirkungen auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen am Standort. Beide Entwicklungen müssen gestaltet werden.

Das gilt nicht nur für ZF, dem Zulieferer mit weltweit 140 Standorten und insgesamt 140 000 Beschäftigten, davon 50 000



800 Menschen arbeiten beim Automobilzulieferer Voit in St. Ingbert. »Uns allen ist bewusst, dass wir uns auf den Mobilitätswandel ausrichten müssen«, sagt Betriebsrat Roland Marx (oben).

Fotos: Thomas Range

Fotos: BeckerBredel Fotografen GbR

in Deutschland. Das gilt auch für kleine Unternehmen und Betriebe, die in der zweiten und dritten Zulieferreihe stehen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik Unstrittig ist, dass die Automobilindustrie vom Mobilitätswandel tiefgreifend betroffen sein wird. Im Antriebsstrang könnte in den nächsten elf Jahren ein Abbau von 90 000 Stellen direkt stattfinden und von zusätzlichen 35 000 Stellen, wenn es nicht gelingt, die Komponenten für E-Mobilität in Deutschland zu fertigen. »Diese Umwälzungen sind nur zu bewältigen, wenn wir jetzt massiv in Qualifizierung und in Arbeitsplätze der Zukunft investieren«, so der Erste Vorsitzende der IG Metall. »Erste Trends unseres Transformationsatlas zeigen: Viele Betriebe sind für die Transformation nicht einmal ansatzweise gerüstet. Die Unternehmen müssen dringend strategischer planen – beim Personal und bei ihren Produkten.«

Es werde aber auch einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bedürfen. »Hier sind auch neue Instrumente gefordert, wie ein Transformationskurzarbeitergeld«, so Jörg Hofmann. Damit könnten Beschäftigte in den Betrieben gehalten und für neue Tätigkeiten an neuen Dienstleistungen und Produkten qualifiziert werden. Aufgabe der Arbeitgeber sei, für eine verbindliche Personal- und Qualifikationsplanung zu sorgen.

Genau darauf dringen Matthias Scherer und sein Team bei ZF in Saarbrücken. »Wir müssen dafür sorgen, dass die Beschäftigten neue Fertigkeiten erwerben und geforderte Kompetenzen entwickeln können«, sagt der Betriebsrat, »nur auf diese Weise wird der Wandel zu meistern sein. 4500 Menschen arbeiten am Standort Saarbrücken in der Getriebeproduktion, an zwei Montagelinien wird derzeit das Hybridgetriebe gefertigt, weitere Linien sind in Planung. Zukünftig, so das Ziel, wird nahezu die gesamte Belegschaft in der Fertigung der Hybridgetriebe eingesetzt werden. Das bedeutet aber, dass ein großer Teil von ihnen qualifiziert werden muss. »Wir haben einen Qualifizierungsplan«, sagt Matthias Scherer. »Wir wissen, welcher Beschäftigte welchen Wissensstand hat und was wir tun müssen, um ihn für eine bestimmte Stelle weiterzuqualifizieren.«

Längst nicht überall aber gibt es gezielte Qualifizierungskonzepte. Längst nicht überall fließen die nötigen Investitionen in neue Technik, in neue Produkte.

Große Herausforderungen »Die Transformation stellt sich bei uns ganz unterschiedlich dar«, sagt Patrick Selzer, Geschäftsführer der IG Metall Saarbrücken. Auf der einen Seite gebe es Betriebe wie ZF, große Zulieferer, die mit Hochdruck neue Produkte und Geschäftsmodelle entwickeln, die hohe Summen in die Qualifizierung der Mitarbeiter investieren. »Es gibt aber auch Betriebe, vor allem kleinere, die nicht so weit sind oder die schlicht nicht das nötige Kapital haben, um sich etwa auf den Mobilitätswandel einzustellen. Diese Betriebe stehen vor riesigen Herausforderungen.«

Einer von ihnen ist Voit Automotive. 800 Menschen arbeiten beim Automobilzulieferer aus St. Ingbert in der Nähe von Saarbrücken. Die Beschäftigten sind in der Metallumformung eingesetzt, sie stellen aber auch Druckgussteile aus Aluminium her, die dann, etwa bei ZF, in Getriebe verbaut werden. »Uns allen ist bewusst, dass wir uns auf den Mobilitätswandel ausrichten müssen«, sagt Roland Marx, der lange Jahre Betriebsratsvorsitzender war und sich heute als freigestellter Betriebsrat um Digitalisierung kümmert – eine große Herausforderung. »Ich habe den Eindruck, Aufträge werden immer mehr über den Preis entschieden. Qualität spielt eine untergeordnete Rolle«, sagt Betriebsrat Marx. »Uns fehlt das Kapital für große Investitionen.« Diese sind nötig, um neue Produkte zu entwickeln, um den Beschäftigten Wege zu zeigen. »Wir wollen auf dem Markt der E-Mobilität Fuß fassen«, sagt Roland Marx. Bei Voit gießen sie zwar einen Teil des Gehäuses für Elektromotoren – bislang aber nicht in ausreichend hoher Stückzahl. Noch sei das kein großes Problem, bald könnte es eines werden. »Der Transformationsatlas hat uns klar gezeigt: Uns stehen gewaltige Umbrüche bevor«, sagt Roland Marx. »Die nächsten eins, zwei Jahre werden entscheidend sein. Da wird sich zeigen, ob wir den Wandel werden bewältigen können.«

Jährlich werden bei ZF in Saarbrücken 2,5 Millionen Getriebe gebaut. In zehn Jahren sollen 80 Prozent davon Hybridvarianten sein. »Das kostet viel Kraft«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Matthias Scherer (links).

Der Transformationsatlas

- Mit dem Transformationsatlas erfasst die IG Metall gemeinsam mit Betriebsräten und Vertrauensleuten den Stand der digitalen Transformation und die Auswirkungen auf die Beschäftigten systematisch.
- Das Onlinetool ist weiterhin verfügbar. Damit können betriebliche Transformationsatlanten erstellt werden. Die Geschäftsstellen und Betriebsräte erhalten die entsprechenden Auswertungen.
- Die IG Metall wird nur aggregierte Daten auswerten. Personenbezogene Daten werden nicht verarbeitet.

»Unser Anspruch ist: Wir wollen die Transformation im Sinne der Beschäftigten gestalten. Und das werden am 29. Juni vor dem Brandenburger Tor Tausende Metaller lautstark deutlich machen. Aus technologischem Fortschritt und ökologischem Wandel muss sozialer Fortschritt für alle werden.«

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender IG Metall

Neue Regeln beim **Anspruch** auf Krankengeld

Recht so Am 11. Mai 2019 ist das Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung in Kraft getreten. Welche Neuerungen sich für Versicherte ergeben, wenn der Krankengeldanspruch fortbesteht, erläutert Tjark Menssen.

Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Gesetzlich Krankenversicherte haben einen Anspruch auf Krankengeld, wenn sie arbeitsunfähig sind sowie bei einer Krankenhausbehandlung oder der Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung. Das Krankengeld beträgt 70 Prozent des letzten beitragspflichtigen Arbeitsentgelts, maximal aber 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts.

Aufgrund ein und derselben Krankheit kann innerhalb von drei Jahren für längstens 78 Wochen Krankengeld bezogen werden. In den meisten Fällen sind die ersten sechs Wochen durch Entgeltfortzahlung des Arbeitgebers abgedeckt, danach bleiben noch 72 Wochen, in denen die Kasse ein Einkommen sichert.

Ein erneuter Anspruch entsteht danach erst, wenn der Versicherte mindestens sechs Monate lang nicht wegen derselben Krankheit arbeitsunfähig war. Hindert aber eine andere Krankheit den Versicherten daran, arbeiten zu gehen, so besteht für diese Krankheit eine eigene Drei-Jahres-Frist. Die neue Erkrankung darf aber nicht schon während der vorangegangenen entstanden sein.

Lückenloses Attest Bislang musste der Arzt spätestens am Werktag nach dem letzten Tag der Krankschreibung ein neues Attest ausstellen. War das ärztliche Attest beispielsweise bis Freitag gültig, mussten Versicherte spätestens am Montag den Arzt aufsuchen.

Für Personen, deren Beschäftigungsverhältnis während des Krankengeldbezugs endet oder die schon vor dem Krankengeldbezug arbeitslos waren, endet die nur wegen des Krankengeldbezugs bestehende Mitgliedschaft nämlich mit dem Tag der letzten (rechtzeitig) attestierten Arbeitsunfähigkeit. In diesen Fällen führte eine verspätete ärztliche Feststellung der weiterhin bestehenden Arbeitsunfähigkeit (AU) bisher neben dem Ende der Mitgliedschaft außerdem dazu, dass der Anspruch auf Krankengeld vollständig und dauerhaft entfiel, selbst wenn die Höchstdauer von 78 Wochen noch nicht erreicht war. Gleiches galt, wenn dem Versicherten nur deshalb nicht die weitere AU attestiert werden konnte, weil er krankheitsbedingt nicht in der Lage war, zum Arzt zu gehen, oder er diesen nicht in der Praxis angetroffen hatte. Hintergrund ist, dass der Anspruch auf Krankengeld nicht nur wie zum Beispiel die Entgeltfortzahlung vom Beginn der attestierten AU, sondern vom Tag der ärztlichen Feststellung abhängig ist.

Diese Praxis konnte dazu führen, dass Betroffene finanziell in eine existenzielle Krise gerieten. Dagegen lebte der Krankengeldanspruch für Versicherte, die in einem Beschäftigungsverhältnis standen, wieder auf, sobald die weitere Arbeitsunfähigkeit wieder ärztlich festgestellt wurde. In der Zwischenzeit wurde lediglich das Krankengeld nicht weitergezahlt.

Neue Regelung Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) unternimmt der Gesetzgeber nunmehr einen erneuter Versuch, die sogenannte Krankengeldlücke endlich zu schließen.

Für Versicherte, deren Mitgliedschaft vom Krankengeldbezug abhängt, bleibt ab sofort der Anspruch auf Krankengeld auch dann bestehen, wenn die weitere AU wegen derselben Krankheit nicht rechtzeitig am nächsten Werktag, sondern innerhalb eines Monats nach dem Ende der letzten AU ärztlich festgestellt wird.

Allerdings ruht bei einer verspäteten Attestierung der Anspruch auf Krankengeld bis zur ärztlichen Feststellung der

weiteren Arbeitsunfähigkeit, also während der Feststellungslücke, wegen derselben Krankheit.

Das entspricht der Regelung, die bisher auch schon für Versicherte galt, die während des Bezugs von Krankengeld weiterhin in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Künftig lebt also sowohl für Versicherte mit als auch ohne Beschäftigung der Anspruch auf Krankengeld zum Zeitpunkt der erneuten ärztlichen Feststellung wieder auf.

Kein Freibrief In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass Krankenkassen die Zahlung von Krankengeld einstellen, weil Atteste verspätet vorgelegt werden. Versicherte sollten daher unbedingt darauf achten, dass sie schon während der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber die entsprechende Ausfertigung der AU innerhalb von sieben Tagen an ihre Krankenkasse schicken. Denn wer länger arbeitsunfähig ist und vielleicht Krankengeld beziehen muss, sichert Ansprüche nur, wenn diese Frist eingehalten wird.

Auch wenn der Gesetzgeber mit dem TSVG einige Hürden beim Krankengeld angegangen ist: Die bisherigen grundsätzlichen Erfordernisse an einen lückenlosen Nachweis der Arbeitsunfähigkeit haben auch nach der gesetzlichen Änderung weiterhin Bestand.

Um Lücken beim Krankengeld zu vermeiden, sollten Betroffene daher nach wie vor alles dafür tun, die Folgearbeitsunfähigkeit unverzüglich und nach Wegfall des Hinderungsgrunds ärztlich feststellen zu lassen und die Bescheinigung der Krankenkasse vorzulegen.

IG Metall berät Mitglieder

Krankengeld ist ein komplexes und umfassendes Thema. Für die Durchsetzung eines Krankengeldanspruchs ist oft Expertenrat erforderlich. Metallerinnen und Metaller können sich bei ihrer IG Metall vor Ort beraten lassen, wenn sie bei der Durchsetzung eines Krankengeldanspruchs rechtliche Unterstützung benötigen. Adress- und Kontaktdaten der zuständigen Geschäftsstelle finden sich unter:
igmetall.de/vor-ort

Alles, was Recht ist

›KRANKENKASSE

Fotos von Versicherten dürfen nicht dauerhaft gespeichert werden

Seit die Versicherten für ihre Karte ein Foto abgeben müssen, meinen die Krankenkassen, sie dürften diese Fotos für die gesamte Dauer der Versicherung behalten. Eine Löschung sei vor Ende der Mitgliedschaft nicht möglich, da zuvor Ersatz- oder Folgekarte auszustellen sein könnten. Gängige Praxis der Krankenkassen ist es deshalb, die Lichtbilder der Versicherten als Sozialdaten dauerhaft zu archivieren. Das Bundessozialgericht hat nun entschieden, dass eine Krankenkasse ein ihr eingereichtes Lichtbild nur so lange speichern darf, bis die elektronische Gesundheitskarte damit hergestellt und sie dem Versicherten übermittelt wurde. Eine Speicherung bis zum Ende des Versicherungsverhältnisses verletzt den Schutz der Daten.
Bundessozialgericht vom 19. Dezember 2018 – B 1 KR 31/17 R

›HINTERBLIEBENENRENTE

Willkürlich getroffene Zeitspanne zur Mindestehedauer unzulässig

Eine betriebliche Witwenrente darf nicht vom Bestehen einer mindestens zehnjährigen Ehe abhängig gemacht werden. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass eine solche Regelung eine unangemessene Benachteiligung der Hinterbliebenen darstellt. Zwar habe der Arbeitgeber grundsätzlich ein berechtigtes Interesse, sein mit der Zusage einer Hinterbliebenenversorgung einhergehendes finanzielles Risiko zu beschränken. Die in der Versorgungszusage enthaltene Einschränkung orientiere sich aber nicht an irgendwelchen Risikoerwägungen. Vielmehr knüpfe sie an eine willkürlich gewählte Zeitspanne an, während der die Ehe bestanden haben muss, so die Richter. Das widerspreche dem Grundgedanken, dass betriebliche Altersversorgung auch Entgelt darstellt, das der Arbeitnehmer unabhängig von der Dauer der Ehe erarbeitet und als Gegenleistung für die im Arbeitsverhältnis erbrachte Betriebszugehörigkeit erhält.
Bundesarbeitsgericht vom 19. Februar 2019 – 3 AZR 150/18

›ARBEITSLOSENGELD

Rechtzeitig arbeitsuchend melden – auch bei befristetem Vertrag

Spätestens drei Monate vor dem Ende eines Arbeitsverhältnisses müssen Beschäftigte, denen Arbeitslosigkeit droht, bei der Arbeitsagentur vorsprechen und sich arbeitsuchend melden. Bei Arbeitsverhältnissen mit kürzerer Kündigungsfrist gilt: Spätestens drei Tage nach Erhalt der Kündigung muss die Meldung bei der Arbeitsagentur erfolgen. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass es im Zusammenhang mit der Pflicht zur frühzeitigen Arbeitsuchendmeldung keine Rolle spielt, ob das Arbeitsverhältnis befristet oder unbefristet ist. Der Fall betraf die Klage eines Arbeitnehmers, der sich erst einen Monat vor dem Ende seiner befristeten Beschäftigung arbeitsuchend gemeldet hatte, weil erst ab diesem Zeitpunkt feststand, dass sein Vertrag doch nicht verlängert werden würde. Bis dahin hatte er auf eine Weiterbeschäftigung gehofft.

Eine solche vage Hoffnung sei kein wichtiger Grund, um auf die frühzeitige Arbeitsuchendmeldung zu verzichten, die Sperrzeit sei daher berechtigt, so die Richter. Etwas anderes könnte allenfalls dann gelten, wenn eine verbindliche Zusage für eine nahtlose Anschlussbeschäftigung bestanden habe, die sich dann zerschlage.
Bundessozialgericht vom 30. August 2018 – B 11 AL 2/18 R

Studierende

In den Ferien die Finanzen aufbessern

Ferienjobs Viele Schüler und Studierende nutzen die freie Zeit im Sommer, um Geld zu verdienen. Ein Ferienjob eignet sich gut dafür, aber es gibt einige Regeln zu beachten.

Von Antonela Pelivan

Während der Semesterferien oder in ihrer Freizeit bessern viele Schüler und Studierende ihre Finanzen auf. Ob Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen sind, hängt davon ab, ob es sich um eine Dauerbeschäftigung oder einen Aushilfsjob handelt.

Jugendliche Minderjährige Jugendliche ab 15 Jahren dürfen prinzipiell arbeiten. Wenn sie noch zur Schule gehen, maximal vier Wochen während der Schulferien. Schwere körperliche oder gefährliche Arbeit ist nicht erlaubt. Auch darf die Arbeitszeit täglich acht Stunden und 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten. Bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb bis zu sechs Stunden am Tag steht jugendlichen Ferienjobbenden mindestens eine Pause von 30 Minuten zu, bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden am Tag mindestens 60 Minuten.

Minijob Schüler und Studierende, die als Minijobbende tätig sind und bis 450 Euro im Monat verdienen, zahlen nur geringe Beiträge zur Rentenversicherung. Der Arbeitgeber muss 15 Prozent des Bruttoverdienstes zahlen. Minijobbende zahlen lediglich die Differenz zum normalen Beitragssatz von zurzeit 18,6 Prozent – also 3,6 Prozent. Nach einem Antrag können sie aber komplett befreit werden.

In die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zahlen Minijobbende nichts ein. Der Arbeitgeber zahlt für dauerhaft geringfügig Beschäftigte, die bereits in der gesetzlichen Krankenversicherung sind, einen Pauschalbeiteitrag von 13 Prozent.

Von der Arbeitslosenversicherung sind Schülerinnen und Schüler generell befreit. Wer nach dem Ferienjob nahtlos eine Berufsausbildung beginnt, ist allerdings bereits während des Ferienjobs versicherungspflichtig. Das gilt nicht für die, die nach dem Ferienjob eine Schulausbildung oder ein Studium beginnen.

Tarifverträge Werkstudierende sind normale Beschäftigte, die befristet oder in Teilzeit arbeiten. Der sogenannte Werkstudierendenstatus betrifft einzig die Sozialversicherung. Alle Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen gelten unmittelbar und zwingend auch für

Alle Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen gelten unmittelbar und zwingend auch für Werkstudierende.

Illustration: Stephanie Brittnacher

Werkstudierende. Daher gelten für sie auch sämtliche Vereinbarungen des Tarifvertrags. Besonders die Höhe des Entgelts von Werkstudierenden muss der Höhe des Entgelts eines vergleichbaren, fest angestellten Beschäftigten entsprechen.

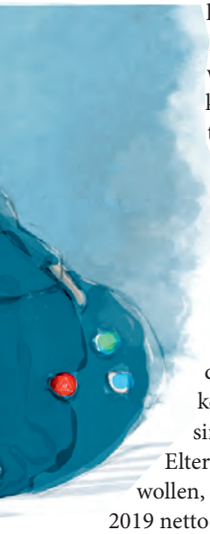
Sozialabgaben Für beschäftigte Studierende, die weder einen kurzfristigen Job noch einen Minijob haben, kann bei der Sozialversicherung das sogenannte Werkstudentenprivileg gelten. Wenn das Studium Vorrang hat und die wöchentliche Arbeitszeit 20 Stunden nicht überschreitet, bleibt der Job von der Pflicht befreit, in die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einzubezahlen.

Ist die Arbeit den Erfordernissen des Studiums angepasst und untergeordnet, kann Versicherungsfreiheit auch bei einer Wochenarbeitszeit von mehr als 20 Stunden bestehen. Das gilt dann, wenn Werkstudierende am Wochenende, in den Abend- oder Nachtstunden oder in den Semesterferien arbeitet. Üben sie mehrere befristete Beschäftigungen aus, besteht Versicherungsfreiheit nur, wenn alle Beschäftigungen zusammen nicht mehr als 26 Wochen oder 180 Kalendertage im Jahr umfassen.

Wenn die Beschäftigung länger als drei Monate oder 70 Arbeitstage im Kalenderjahr dauert, werden nur dann keine Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung fällig, wenn sie ausschließlich auf die vorlegungsfreie Zeit begrenzt ist.

In die Rentenkasse zahlen Studierende immer Beiträge, wenn die Beschäftigung länger als drei Monate dauert oder sie im Monat regelmäßig mehr als 450 Euro verdienen. Den Beitrag teilen sie sich zur Hälfte mit dem Arbeitgeber (siehe Kasten).

Ist die Beschäftigung auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage im Kalenderjahr begrenzt, müssen keine Rentenbeiträge gezahlt werden. Dazu muss die Tätigkeit entweder im Voraus vertraglich festgelegt oder nach Art des Beschäftigungsverhältnisses begrenzt sein und nicht berufsmäßig ausgeübt werden.



Familienversicherung Aufpassen müssen Studierende, die in der gesetzlichen Krankenkasse familienversichert sind. Wenn sie weiter bei den Eltern krankenversichert bleiben wollen, darf ihr Gesamteinkommen 2019 netto nicht höher als 445 Euro im Monat sein und darf bei Minijobbern maximal 450 Euro betragen.

Achtung BAföG Studierende, die BAföG beziehen, können zusätzlich jeden Monat 450 Euro brutto anrechnungsfrei hinzuverdienen. Überschreiten sie diesen Betrag, wird die Förderung gekürzt.

Mindestlohn Auch für Studierende gilt der gesetzliche Mindestlohn von zurzeit 9,19 Euro brutto pro Stunde. Minderjährige mit einem Ferienjob haben keinen Anspruch auf den Mindestlohn.

Steuern Wie für alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt auch für Studierende ein Grundfreibetrag. Er liegt 2019 bei 9168 Euro im Jahr. Dazu kommt eine Werbungskostenpauschale von 1000 Euro jährlich. In der Regel können Werkstudierende die einbehaltene Lohnsteuer, zurückerhalten, wenn sie im darauffolgenden Jahr eine Steuererklärung machen. Dass gilt vor allem dann, wenn sie nicht das ganze Jahr beschäftigt waren oder Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen geltend machen können.

Betriebsrat und JAV Werkstudierende oder Minijobber, die Probleme oder Fragen haben, wenden sich am besten an den IG Metall-Betriebsrat oder die Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Gleitzone wird ausgeweitet

Liegt das Bruttoeinkommen über 450 und höchstens bei 850 Euro (1300 Euro ab 1. Juli), befinden sich Beschäftigte in der sogenannten Gleitzone und zahlen einen geringeren Beitrag in die Rentenkasse.

Mitglied sein lohnt sich

Für Studierende lohnt es sich, der IG Metall beizutreten: Sie erhalten Beratung zur Studienfinanzierung, können sich bei arbeits- und sozialrechtlichen Problemen von der IG Metall beraten lassen und erhalten Tipps zu Gehaltsfragen und zum Arbeitsvertrag. Mehr über die IG Metall und ihre Leistungen:
igmetall.de/leistungen
Beitreten geht auch online:
igmetall.de/beitreten

IG Metall für Studierende

Informationen und Beratung für Studierende gibt es in den Hochschulinformationsbüros der IG Metall:
hochschulinformationsbuero.de

© DGB

Wenn Behinderung droht

In Deutschland leben fast zehn Millionen Menschen mit Behinderung. Bei vielen ist sie nicht angeboren – ein Großteil der Betroffenen hat sie durch einen Unfall oder eine Erkrankung während des Berufslebens erworben. Der Ratgeber des Deutschen Gewerkschaftsbundes »Was ist, wenn es mir passiert?« gibt Tipps, wie Beschäftigte mit einer drohenden oder bestehenden Behinderung umgehen und welche Hilfen sie in Anspruch nehmen können. Das PDF könnt Ihr hier herunterladen:
dgb-bestellservice.de
→Suche: Behinderung

Rente für pflegende Angehörige

Rentnerinnen und Rentner, die nach Erreichen der Regelaltersgrenze eine Altersrente beziehen und einen Angehörigen pflegen, können ihre Rente erhöhen. Die Pflegekasse zahlt für Pflegende im Ruhestand nämlich weiter Beiträge in die Rentenkasse. Dazu müssen Pflegende in eine Teilrente von 99 Prozent wechseln. Der Verzicht auf ein Prozent der Rente kann sich lohnen, da die Beiträge der Pflegekasse jeweils zum 1. Juli des Folgejahrs die Rente erhöhen. Endet die Pflegetätigkeit, beantragen Rentner wieder den Wechsel in die Vollrente. Fragen beantwortet die Deutsche Rentenversicherung unter der gebührenfreien Rufnummer:
0800 10 10 48 00

Ratgeber Mutterschutz

Alle Frauen in einem Arbeitsverhältnis sowie Schülerinnen und Studierende genießen während der Schwangerschaft und nach der Geburt ihres Kindes besonderen Schutz, den Mutterschutz. 2018 das Gesetz reformiert. Die Broschüre »Mutterschutz« der Arbeitskammer des Saarlands informiert werdende und stillende Mütter über ihre Rechte und Pflichten und darüber, wie sie die gesetzlichen Hilfen für sich und ihr Kind in Anspruch nehmen können. Die 88-seitige Broschüre könnt Ihr auf der Internetseite der Arbeitskammer kostenfrei als PDF herunterladen.
arbeitskammer.de/online-broschueren

Studienabbruch: ja oder nein?

Zweifel am Studium? Dann stehst Du vor einer großen Herausforderung: Das Studium fortführen oder einen anderen Weg gehen? Nur wenn Du Deine persönliche Situation reflektierst und Alternativen erkennst, kannst Du die richtige Entscheidung treffen. Dabei hilft Dir das Self-Reflection-Tool (SRT) des Bundesbildungsministeriums. Fremd- und Eigenwahrnehmung von Situationen können auseinanderdriften. Daher leitet Dich das SRT strukturiert dabei an, die eigene Studiensituation zu beleuchten. Zu jedem Themenblock erhältst Du ein Feedback, das Deine eigene Einschätzung unterstützt. Außerdem bekommst Du Informationen über Unterstützungs- und Beratungsangebote. Der Test dauert etwa 15 bis 25 Minuten.

studienabbruch-und-dann.de
→Suche: Was bewegt mich

Ratgeber für Eltern

»KAUSA Elternratgeber: Ausbildung in Deutschland« hilft zugewanderten Eltern, ihre Kinder beim Einstieg ins Berufsleben zu unterstützen. Die Broschüre des Bundesbildungsministeriums erklärt, wie das deutsche Ausbildungssystem funktioniert und Kindern bei der Wahl des Berufs geholfen werden kann. Zudem liefert die Broschüre Informationen, wo Eltern Rat erhalten können. PDF oder zum Bestellen:

bmbf.de/publikationen
→Suche: 31297

Zeit für Deine **Bildung**

Bildungsteilzeit Bis zu sieben Jahre lang können sich Beschäftigte in Tarifbetrieben der Metall- und Elektroindustrie auf eigenen Wunsch weiterbilden: in Teilzeit neben der Arbeit oder komplett in Vollzeit, mit dem Recht auf Rückkehr in den Betrieb.

Mit der Bildungsteilzeit ist der Techniker, Meister oder Fachwirt neben der Arbeit möglich – aber auch ein komplettes Vollzeitstudium.

Mit der Bildungsteilzeit der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie kannst Du Dich weiterbilden oder studieren – bis zu sieben Jahre lang. Und nicht nur, wenn Dein Arbeitgeber das auch will – sondern auch auf Deinen persönlichen Wunsch hin. Deine Weiterbildung kannst Du in Teilzeit neben der Arbeit machen – und dafür Deine Arbeitzeit verkürzen. Du kannst aber auch »verblockte Teilzeit« wählen – und bis zu sieben Jahre komplett aus dem Betrieb rausgehen, mit dem Recht auf Rückkehr auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz. So steht es in den Tarifverträgen zur Bildung und Qualifizierung, die die IG Metall in allen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie durchgesetzt hat.

Besprechen und planen Nach Tarifvertrag haben Beschäftigte einmal im Jahr das Recht auf ein Qualifizierungsgespräch mit ihrem Arbeitgeber, in dem sie ihre Weiterbildungswünsche äußern können.

Du solltest jedoch zuvor mit Deinem Betriebsrat sprechen – und ihn zum Qualifizierungsgespräch hinzuziehen. Dein IG Metall-Betriebsrat kennt die Qualifizierungsplanung im Betrieb und die Regelungen in den Tarifverträgen.

Wer zahlt? Ist die Weiterbildung betrieblich notwendig, übernimmt gemäß Tarifvertrag der Arbeitgeber die Kosten und muss Dir für die Zeit der Weiterbildung freigeben und Dir weiter Entgelt zahlen. Ist die Weiterbildung zweckmäßig, muss der Arbeitgeber Dich zumindest die Hälfte der Zeit für die Weiterbildung freistellen. Wenn die Weiterbildung jedoch allein Dein persönlicher Wunsch ist, musst Du Geld und Zeit für Deine Bildungsteilzeit selbst aufbringen.

Geld und Zeit 70 bis 80 Prozent des normalen Verdienstes sind in der

Ein gutes Arbeitszeugnis ist ein wichtiger Wegbereiter ins Berufsleben.

Ratgeber »Das Arbeitszeugnis«

Bei einer Bewerbung für den gewünschten Arbeitsplatz kann das Arbeitszeugnis entscheidend sein. Fehlt es, sind Nachfragen im Bewerbungsgespräch vorprogrammiert. Das Gesetz sieht vor, dass das Zeugnis klar und verständlich formuliert sein muss. Es darf keine Formulierungen enthalten, die versteckte Aussagen über den Arbeitnehmer treffen. Im Laufe der Zeit hat sich unter den Personalverantwortlichen eine verschlüsselte Sprache entwickelt. Auf den ersten Blick positiv wirkende Beurteilungen können in Verbindung mit dem übrigen Inhalt genau das Gegenteil bedeuten.

Mit dem IG Metall-Ratgeber »Das Arbeitszeugnis« lässt sich herausfinden, ob ein Zeugnis vollständig ist und wie die Leistungen tatsächlich beurteilt wurden. PDF zum Herunterladen unter:

igmetall.de/das-arbeitszeugnis

Foto: Agnieszka Olek/Caia Image/Fronline

Bildungsteilzeit möglich. Der Tarifvertrag bietet verschiedene Lösungen, in Verbindung mit staatlicher Förderung wie BAföG (für das Studium), Aufstiegs-BAföG (Meister, Techniker oder Fachwirt), Weiterbildungsprämie oder Bildungskredit.

Um die Arbeitszeit für Deine Bildungszeit aufzubringen, sieht der Tarifvertrag ein »Bildungskonto« vor. Darauf kannst Du bis zu 152 Stunden Mehrarbeit im Jahr sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld ansparen. Zudem gibt es in vielen Betrieben dafür Langzeitkonten oder Sabbaticals. In vielen Tarifgebieten kannst Du sogar bis zu zehn Prozent Deines Bildungskontos als Kredit nehmen. In einigen Betrieben gibt Dir der Arbeitgeber etwas zu Deiner Bildungsteilzeit dazu, wenn der Betriebsrat das geregelt hat.

Als Ergebnis Deines Qualifizierungsgesprächs schließt Du mit dem Arbeitgeber eine Bildungsvereinbarung. Darin sind die Eckpunkte Deiner Bildungsteilzeit geregelt: Beginn, Dauer, Art und Umfang (etwa Teilzeit oder Vollzeit), Ansparen und Entnahme von Zeit aus dem Bildungskonto und schließlich Deine Rückkehr auf einen mindestens gleichwertigen Arbeitsplatz.

Dirk.Erb@igmetall.de

Rat holen

Willst Du in Bildungsteilzeit gehen und arbeitest in einem Betrieb mit Metalltarif? Frag Deinen Betriebsrat oder Deine IG Metall vor Ort.

igmetall.de/vor-ort

Infos zu Bildungsteilzeit, Weiterbildung, Finanzierung und Förderung in unserem Bildungsportal WAP:

wap.igmetall.de
→Weiterbildung

Klischeefreie Berufs- und Studienwahl

Noch immer wird die Berufswahl junger Menschen von überholten Rollenbildern bestimmt. Dabei sollten junge Frauen und Männer Berufe finden, die zu ihren Stärken passen und ihnen Spaß machen – frei von Klischees und Geschlechterzuweisungen. Dieses Ziel verfolgt die Initiative Klischeefrei. Die Akteure zeigen jungen Menschen, wie eine geschlechtergerechte Berufs- und Studienorientierung realisiert werden kann. Die Initiative wird unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt.

Ratgeber, Handreichungen, Toolboxen, Leitfäden und Checklisten sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen, wie zum Beispiel zur Einkommensverteilung gibt es in der Infothek. Die Mediathek enthält Videobeiträge, die für das Thema sensibilisieren.

klischee-frei.de

Studienführer für Deutschland

Informationen zum Studienangebot an deutschen Hochschulen finden sich auf studienwahl.de – dem Studienführer für Deutschland. Im Zentrum steht der »Finder«: Er listet mehr als 18 000 Studiengänge an 442 Hochschulen auf. Zudem gibt das Portal Tipps zur Studienbewerbung und -finanzierung sowie Alternativen zum Hochschulstudium.

studienwahl.de

GLU: studieren und vernetzen als Gewerkschafter

Internationale Gewerkschaftspolitik studieren und sich dabei weltweit vernetzen: Möglich macht dies die Global Labour University (GLU). Die GLU ist ein gemeinsames Projekt von DGB, IG Metall, ILO, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Die GLU vermittelt Wissen über Globalisierung aus Arbeitnehmerperspektive und über Möglichkeiten ihrer Beeinflussung. Die Studierenden können Teile des Lehrplans an Partneruniversitäten in Brasilien, Indien, Südafrika und den USA absolvieren. Unterrichtssprache ist Englisch. Jedes Jahr werden bis zu 20 Studierende an der GLU aufgenommen. So wie der Kolumbianer Kevin Camilo Hartmann Cortes. An der GLU schätzt Kevin die Möglichkeit der Vernetzung mit Gewerkschaftern aus der ganzen Welt und die Chance auf Praktika bei den Gründungsmitgliedern.

Mehr Infos hier:

global-labour-university.org

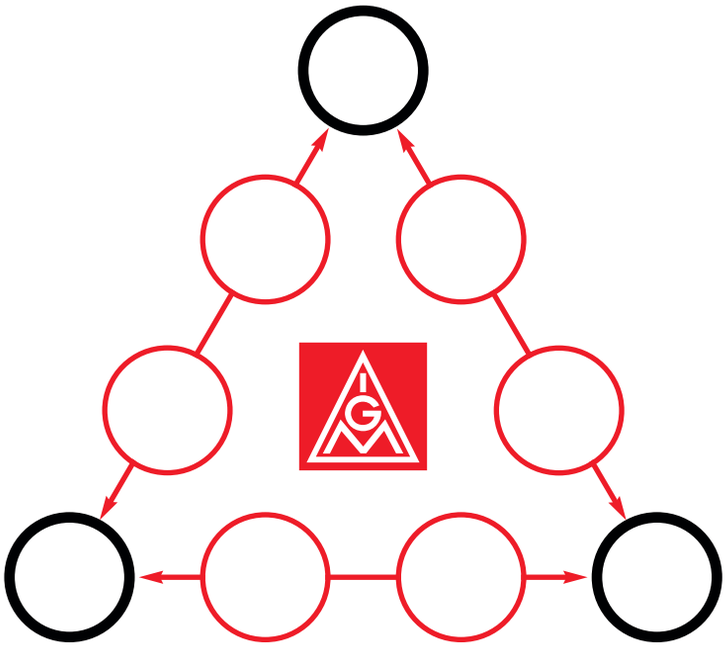
Foto: Susanne Oehlschläger

Kevin Camilo Hartmann Cortes ist einer der Studierenden an der GLU. Nach dem Masterabschluss will er in seinem Heimatland Kolumbien arbeiten.

Karikatur: André Poloczek

Kreisrechnen

1
8
11
11
13
13
14
19
26



Wie sind die Zahlen in die leeren Kreise einzusetzen, damit sie in jeder Reihe zusammen 46 ergeben?
Schickt als Lösung die Summe der **drei Zahlen** in den **schwarzen Kreisen** ein.

Kreisrechnen: raetselstunde.com

Die Preise im Juni

Erster Preis:
eine IG Metall-Grillschürze

Zweiter Preis:
ein T-Shirt »Respekt!«

Dritter Preis:
ein Thermotrinkbecher

Einsenden*

Schicke die Lösung mit Vor-, Nachnamen und Adresse bis **14. Juni 2019** per Post an:
Redaktion metallzeitung,
Preisrätsel,
60244 Frankfurt am Main.
Oder per E-Mail an:
raetsel@igmetall.de

*Maschinell erstellte Lösungszuschriften sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

›HIER KANNST DU DICH REGISTRIEREN

Auf der Website der IG Metall sind Broschüren, Flyer und Serviceangebote erst einsehbar, wenn sich Mitglieder online registriert haben. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten:
igmetall.de/anmelden

›NEUER INTERNETAUFTRITT

Die IG Metall hat ihren Internetauftritt rundum erneuert. Surfen auf igmetall.de macht jetzt noch mehr Spaß. Als Mitglied könnt Ihr jetzt Eure Daten dort ganz bequem bearbeiten und aktuell halten.
igmetall.de

›DEINE GESCHÄFTSSTELLE

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Du findest sie hier:
igmetall.de/vor-ort

›HIER WIRST DU MITGLIED

Hier kannst Du Mitglied werden:
igmetall.de/beitreten

›LESERTELEFON

0800 446 38 25

Fragen zu unseren Berichten in der metallzeitung beantworten wir montags bis donnerstags von 9 bis 16 und freitags von 9 bis 13 Uhr (gebührenfreie Rufnummer), Fax: 069 66 93-20 02
metallzeitung@igmetall.de

›LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

›IMPRESSUM

Herausgeber:
Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber:
Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chefredakteurin:
Fabienne Melzer

Chef vom Dienst:
Artur Siemens

Redaktion:
Simon Che Berberich,
Jan Chaberny, Dirk Erb,
Martina Helmerich,
Jens Knüttel,
Antonela Pelivan
Art-Direktion:
Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion:
Michael Schinke
Sekretariat:
Beate Albrecht

metallzeitung.de

Angebot für Sehbehinderte:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder PDF-Datei:
metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:
Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:
Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt
info@zweiplus.de

Druck und Versand:
ddm, GmbH & Co. KG, Kassel

Papier:
metallzeitung erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.